



# MITTEILUNGEN

Nummer 2 – Mai/Juni/Juli/August 2010

## AUS DEM INHALT

- ↪ **Landkreisversammlung 2010**
- ↪ **Zukunft der  
Kreiskrankenhäuser**
- ↪ **Finanzielle Mindestausstattung  
der bayerischen Landkreise ab  
2011 gefährdet**
- ↪ **Bayerischer eGovernment-  
Preis für Landratsamt Cham**

## Bayerischer Landkreistag

Landkreisversammlung 2010	3
Zukunft der Kreiskrankenhäuser	5
Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum durch kommunale Krankenhäuser - Forderungspapier vom 19. Mai 2010	8
Musikschulverband und Bayerischer Musikrat stellen sich beim Bayerischen Landkreistag vor	9

## Wirtschaft und Finanzen

Finanzielle Mindestausstattung der bayerischen Landkreise ab 2011 gefährdet	11
Bayerische Kommunen reduzierten 2009 ihre Schuldenlast nur noch geringfügig	11
Europäische Metropolregion München vertieft Kontakte zu China	12

## Innovation

Kreisverwaltungen sollen kundenfreundlicher werden	
Bürgerbefragungen in vielen bayerischen Landkreisen angelaufen	13
Landkreis Lichtenfels und seine Gemeinden: gemeinsamer GIS-Verbund für den Landkreis und die Gemeinden	14
Innovationsstiftung bayerische Kommune	15
Bayerischer eGovernment-Preis für Landratsamt Cham	16

## Tourismus

ServiceQualität Deutschland: Qualitätsmanagementsystem für touristische Betriebe	17
Bilder aus Oberfranken - Natur und Landschaft	17

## Gesundheit und Krankenhäuser

Kommunale Krankenhäuser sind wichtige Arbeitgeber - Weitere Sparrunde oft nur durch Stellenabbau finanzierbar	18
---	----

## Daseinsvorsorge

Leitfaden des BBSR zur Anpassung der öffentlichen Daseinsvorsorge an den demografischen Wandel	19
--	----

## Bund

Sparprogramm der Bundesregierung: Präsident lehnt Streichung des Rentenversicherungsbeitrags für Langzeitarbeitslose ab	19
---	----

## Deutscher Landkreistag

Schlüssel zur Integration liegt in den Kommunen - Landkreistag zur Islamkonferenz	19
---	----

## Europa

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Kohäsionspolitik	20
Erfolg des Programms „Erasmus für Jungunternehmer“	21

## Personalien

### Impressum:

Herausgeber und Verlag:  
 Bayerischer Landkreistag  
 Körperschaft des öffentlichen Rechts  
 Kardinal-Döpfner-Straße 8  
 80333 München

Postfachadresse:  
 Postfach 34 02 63  
 80099 München

Telefon (0 89) 28 66 15 - 0  
 Telefax (0 89) 28 28 21  
 Internet: [www.bay-landkreistag.de](http://www.bay-landkreistag.de)  
 E-Mail: [info@bay-landkreistag.de](mailto:info@bay-landkreistag.de)

Für den Inhalt verantwortlich:  
 Johannes Reile  
 Geschäftsführendes Präsidialmitglied  
 des Bayerischen Landkreistags

Herstellung:  
 Druckhaus Deutsch GmbH  
 Machtlfinger Straße 21  
 81379 München

Die Mitteilungen wurden auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Landkreisversammlung 2010

**Die Jahresversammlung des Bayerischen Landkreistags am 19. und 20. Mai 2010 stand diesmal nicht nur unter dem Motto „Zukunft der Kreiskrankenhäuser“, sondern wurde im Wesentlichen auch von der Neuwahl des Präsidenten des Bayerischen Landkreistags bestimmt.**

Dieser dürfe gegenüber den Ballungsräumen nicht ins Hintertreffen geraten. Bei Insolvenzen von Unternehmen müsse die Staatsregierung ihr Augenmerk verstärkt auch auf dieses Gebiet richten, da auch dieses durch das Wegbrechen wirtschaftlicher Strukturen, wie z. B. der Porzellanindustrie, betroffen sei. Der neu

das LEP die Entwicklung von Mittel- und Oberzentren nicht weiter behindere.

Der Präsident wies vor allem auf die fehlenden finanziellen Mittel hin: „Die Wirtschaftskrise ist immer noch nicht überwunden. Für die Zukunft wissen wir nicht, wie es weitergeht und aus der Vergangenheit haben wir noch Lasten zu tragen.“ So seien die Steuereinnahmen der bayerischen Gemeinden 2009 mit der Konjunkturkrise um ca. 8,8 % auf 1,2 Mrd. Euro gesunken. Auch für 2010 sei mit einem Rückgang der Steuereinnahmen der bayerischen Gemeinden in Höhe von 1 Mrd. Euro zu rechnen. Das bedeute einen Ausfall an Steuereinnahmen 2009 und 2010 gegenüber 2008 von rund 2,2 Mrd. Euro. Gleichzeitig stiegen die Sozialausgaben der bayerischen Kommunen jährlich um rund 250 Mio. Euro an. In den Bereichen der Hartz IV-Unterkunftskosten, der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und der Hilfe zur Pflege stiegen die Kosten immer weiter. Strikt verwahrte sich Dr. Kreidl gegen eine weitere kommunale Verschuldung: „Die Kommunen dürften nicht zulasten der örtlichen Wirtschaft



Landrat Dr. Jakob Kreidl (2. v. r.) nimmt die Wahl zum Präsidenten des Bayerischen Landkreistags an. Das engere Präsidium gratuliert (v. l. n. r.): Dritte Vizepräsidentin Landrätin Bruni Mayer, Rottal-Inn, Zweiter Vizepräsident Landrat Herbert Eckstein, Roth und Erster Vizepräsident Landrat Roland Schwing, Miltenberg

Im ersten Wahlgang wurde Landrat Dr. Jakob Kreidl, Miesbach, zum neuen Präsidenten des Bayerischen Landkreistags gewählt. Gegenkandidat war der Deggen-dorfer Landrat Christian Bernreiter. Auf Kreidl entfielen 80 der insgesamt 133 abgegebenen gültigen Stimmen. Für seinen Gegenkandidaten stimmten 53 Delegierte. Damit ist Dr. Jakob Kreidl Nachfolger des Chamer Landrats Theo Zellner, der seit 2000 Präsident des Bayerischen Landkreistags war und im April 2010 das Amt des Geschäftsführenden Präsidenten des Sparkassenverbands Bayern angetreten hat.

In seiner Antrittsrede, die er in Anwesenheit von Ministerpräsident Horst Seehofer hielt, bekannte sich Dr. Kreidl wie auch sein Vorgänger zu einer besonderen Förderung des ländlichen Raums.

gewählte Präsident sprach sich auch für Behördenverlagerungen aus. Dr. Jakob Kreidl plädierte für eine Reformpause im Bildungsbereich, damit wieder Ruhe in der Eltern- und Lehrerschaft einkehre. Er bekannte sich klar zu einem dreigliedrigen Schulsystem und bezeichnete die Diskussion, nach der die in der Koalitionsvereinbarung zugesagten tausend Lehrerstellen entfallen könnten, als nicht hilfreich. In Bezugnahme auf das Thema des Bayerischen Landkreistags „Zukunft der Kreiskrankenhäuser“ erklärte Dr. Kreidl sich weiterhin bereit, den Sicherstellungsauftrag zu erfüllen. Allerdings regte er an, Verbünde zwischen kommunalen Kreiskrankenhäusern zu schaffen.

Dr. Kreidl verlangte eine grundlegende Reform des LEP. Insbesondere seien die zahllosen Zielvorgaben zu kürzen, damit



Der gastgebende Landrat Josef Eppender begrüßt seine Kollegen in Essbach im Landkreis Landshut.



Staatsminister Joachim Herrmann, Bayerisches Staatsministerium des Innern, verabschiedet den früheren Präsidenten des Bayerischen Landkreistags Landrat a. D. Theo Zellner.

und der Bürger ihre Investitionen für Schule, Straßen, Abwasser und Wasser auf Null zurückfahren.“ Er plädierte für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Steuereinnahmen einerseits und Sozialausgaben, Investitionen in die kommunale Infrastruktur sowie Zuwachs der Verschuldung andererseits und forderte einen kommunalen Rettungspakt.

Gerade die aktuelle Finanzlage der Kommunen, aber auch die überbordende Bürokratie müssten laut Dr. Kreidl Grund genug für eine Verwaltungsreform sein: „Schlanke Verwaltungsabläufe, mehr Bürgernähe und die Einsparung von Finanzmitteln werden der Verdienst einer wirklichen Verwaltungsreform sein. Liegt es nicht auf der Hand, dass die Eingliederung der Verwaltungsaufgaben von Sonderbehörden in die Landratsämter zu effektiveren und rascheren Verwaltungsabläufen führt? Ich fordere den Freistaat auf, den großen Reformschritt zu wagen. Das Land Baden-Württemberg hat uns das vorgemacht. Einzelne Ansätze zu „Verwaltungsreförmchen“ bringen nichts. Wir brauchen den großen „Wurf“, den die bayerischen Landrätinnen und Landräte dann auch unterstützen werden.“

Im Anschluss forderte Ministerpräsident Horst Seehofer eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und einen offenen Dialog über den Weg aus der Krise auch mit dem Bayerischen Landkreistag. Ganz unter dem Eindruck der Eurokrise und der grundlegenden Weichenstellung, die sich mit der ausufernden Verschuldung einzelner Mitgliedsstaaten ergibt, bezeichnete der Ministerpräsident „solide Haushalte in ganz Europa als Dreh- und Angelpunkt für einen stabilen Euro“. Deshalb müsse auch die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

in Deutschland in den nächsten Jahren höchste Priorität haben. Seehofer fügte hinzu: „Da sind Bund, Land und Kommunen gleichermaßen gefordert. Mir ist bewusst, dass die Finanzlage der Kommunen durch den Rückgang der Steuereinnahmen angespannt ist. Die Bayerische Staatsregierung lässt die Kommunen in dieser schwierigen Situation nicht im Stich.“ Zwischen 2009 und 2011 wurden im Konjunkturpaket II fast 1,2 Milliarden Euro zur Unterstützung der Kommunen zur Verfügung gestellt. Im kommunalen Finanzausgleich stehen 2010 Mittel in Höhe von rund 6,8 Milliarden für die Kommunen bereit. Seehofer: „Bayern wird auch künftig ein verlässlicher Partner der Kommunen sein. Wir sind uns der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung kommunaler Investitionen bewusst. Wir werden den kommunalen Finanzausgleich auch weiterhin kommunalfreundlich gestalten und wir werden auf Bundesebene für eine stabile Einnahmehasis der Kommunen kämpfen. Klar ist aber auch, dass Finanzierungsprobleme nicht durch Einnahmen und Lastenverschiebungen gelöst werden, sondern der Weg über Konsolidierung und echte Kostenentlastung unumgänglich ist.“



Der neu gewählte Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Dr. Jakob Kreidl, plädiert für mehr Spielräume in der Kommunalpolitik.



Ministerpräsident Horst Seehofer verspricht den Kommunen auch in Zukunft eine verlässliche Partnerschaft.

# Zukunft der Kreiskrankenhäuser

**Wie sieht die Zukunft der Kreiskrankenhäuser zwischen der Aufrechterhaltung des öffentlich-rechtlichen Sicherstellungsauftrages einerseits und dem ökonomischen Druck andererseits aus? Diese Frage untersuchten die Teilnehmer des Bayerischen Landkreistags 2010 in Essenbach im Landkreis Landshut am ersten Tag der Jahresversammlung.**

Eine wohnortnahe, akutstationäre Versorgung der Bevölkerung ist bürgerfreundlich, im betriebswirtschaftlichen Sinne aber nicht immer optimal. Zwar haben die Kreiskrankenhäuser spätestens mit der Einführung des DRG-Systems ihre Effizienz durch interne Umorganisationen und Rechtsformumwandlungen gesteigert, doch ist dieser Prozess weitgehend abgeschlossen.

Eine weitere Effizienzsteigerung kann nur noch zulasten der Qualität, insbesondere der Pflege, erreicht werden.

Private Träger sind gegenüber den öffentlich-rechtlichen Trägern im Vorteil: Ihre Zusammenschlüsse sind flexibler, da sie nicht an Gebietsgrenzen gebunden sind und sie leichter Fremdkapital rekrutieren können. „Wollen wir auch in Zukunft auf Bundes- und Landesebene den öffentlich-rechtlichen Sicherstellungsauftrag beibehalten, benötigen wir Waffengleichheit!“, so der Zweite Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Herbert Eckstein, Roth. Die bayerischen Landräte teilen zwar mit den Fachleuten die Auffassung, dass die örtlichen Krankenhausstrukturen den betriebswirtschaftlichen, aber auch den medizinischen Anforderungen

anzupassen seien, allerdings erwarten sie auch Unterstützung von den übergeordneten politischen Ebenen bei den notwendigen Maßnahmen und den strukturpolitischen Entscheidungen: „Die Aufrechterhaltung des öffentlich-rechtlichen Sicherstellungsauftrages und die Trägerschaft von Krankenhäusern zählen zu einem der **Kernelemente der kommunalen Daseinsvorsorge** in Bayern. Weder Bund noch Land dürfen sich davor drücken, die Kommunen in ihren Entscheidungen zu begleiten und zu unterstützen“, so der Zweite Vizepräsident.

Während der Tagung erörterte eine **Podiumsrunde** mit Staatsminister Dr. Markus Söder, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, Vorstandsvorsitzendem Dr. Helmut



Diskussionsrunde zum Thema „Zukunft der Kreiskrankenhäuser“ (v. l. n. r.): Staatsminister Dr. Markus Söder, Landrat Hubert Hafner, Günzburg, Rudi Bittner, KVB, Siegfried Hasenbein, Bayerische Krankenhausgesellschaft, und Dr. Helmut Platzer, AOK

Platzer, AOK, Geschäftsführer Siegfried Hasenbein, Bayerische Krankenhausgesellschaft, Stellvertretendem Vorstandsvorsitzenden Rudi Bittner, Kassenärztliche Vereinigung Bayerns und dem Vorsitzenden des Ausschusses für Gesundheits- und Sozialfragen im Bayerischen Landkreistag, Landrat Hubert Hafner, Günzburg, unter der Moderation von Werner Buchberger Fragen, die insbesondere im Rahmen der Privatisierungsdiskussion aufgeworfen worden waren.

### Wesentliche Inhalte des Vortrags von Staatsminister Dr. Markus Söder

Staatsminister Dr. Markus Söder leitete seinen Vortrag mit der programmatischen Aussage ein, dass es sich bei der Gesundheitsvorsorge um ein **zentrales politisches Thema** handle. Gesundheit sei kein Notthema, das aus dem Blickwinkel der Finanzierbarkeit gesehen werden dürfe. Die Bildung präge die erste Hälfte des Lebens, die Gesundheit die zweite Hälfte. Auch sei zu berücksichtigen, dass es sich bei der Gesundheit um einen zentralen Wirtschaftsfaktor handle. Während man in anderen europäischen Ländern bereits dazu übergehe, Rationierungsmaßnahmen im Gesundheitswesen einzuführen, halte man in Deutschland an dem Grundsatz fest, den medizinischen Fortschritt allen Bevölkerungsschichten zuteilwerden zu lassen. Wenn man dies jedoch verbinden wolle mit einer menschlichen Zuwendung in der Pflege, um das Vertrauen der Patienten zu gewinnen, müsse man zwangsläufig feststellen, dass das Gesundheitswesen in den nächsten Jahren teurer und nicht billiger werde.

Staatsminister Dr. Markus Söder hob anschließend das zentrale politische Ziel hervor, die **ungleiche Verteilung medizinischer Versorgung vermeiden zu wollen**. Eine solche Ungleichverteilung drohe etwa zwischen sozialen Schichten Arm und Reich. Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen dürften aber keinesfalls von medizi-

nischen Grundleistungen ausgeschlossen werden. Bei der regionalen Verteilung medizinischer Leistungen bestünden bereits Ungleichgewichte. So seien heute schon eine Überversorgung größerer Städte und eine Unterversorgung im ländlichen Raum feststellbar. Den Kreiskrankenhäusern komme vor diesem Hintergrund eine zentrale Bedeutung bei der medizinischen Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum zu.

Ein **weltes Ungleichgewicht** stellte Staatsminister Dr. Markus Söder im Hinblick auf die **Wettbewerbsposition von privaten Trägern und öffentlichen rechtlichen Trägern von Krankenhäusern** fest. Öffentliche Träger könnten sich nicht auf die Berufsfreiheit nach Art. 12 GG berufen. Private Klinikbetreiber klagten sich dagegen derzeit mit Berufung auf Art. 12 GG in den Krankenhausplan des Freistaats Bayern ein, böten dann jedoch nur Nischenleistungen an, um hohe Renditen erzielen zu können. Öffentlich-rechtlich getragene Häuser müssten dagegen alle Leistungen der akutstationären Krankenhausversorgung anbieten, etwa die Vorhaltung des Bereitschaftsdienstes während der Silvesternacht. Diese ungleichen Wettbewerbspositionen müssten bei der Finanzierung von Krankenhausleistungen Berücksichtigung finden. Daraus leitete Staatsminister Dr. Söder seine erste konkrete politische Forderung ab. Bei einer Überarbeitung des DRG-Systems müssten die Notfallbehandlungen und die Weiterbildung von Ärzten durch Kreiskrankenhäuser stärkere Berücksichtigung finden. Die Entwicklung von bundesweit einheitlichen Fallpauschalen sowie den Abschluss von selektiven Einzelverträgen durch die Krankenkassen lehnte der Staatsminister entschieden ab.

Eine weitere Forderung leitete Staatsminister Dr. Söder aus der Rolle der Kreiskrankenhäuser im Hinblick auf die **demografische Entwicklung der Bevölkerung** ab. Die Häuser müssten in ihrem medizinischen Leistungsspektrum den Schwerpunkt auf die altersmedizinische Versorgung legen. Notwendig sei dazu die **Überwindung der Sektorengrenzen zwischen ambulantem und sta-**

**tionärem Bereich**. Nur mit Unterstützung der Kreiskrankenhäuser könne es gelingen, die mittelfristig zu befürchtende Unterversorgung im niedergelassenen ärztlichen Bereich abzuwenden. Dazu sei jedoch die Bedarfsplanung für die niedergelassenen Ärzte auf der Ebene der Planungsbezirke der Kassenärztlichen Vereinigung zu abstrakt. Das Gesundheitsministerium wolle daher gemeinsam mit der Bayerischen Krankenhausgesellschaft und der Kassenärztlichen Vereinigung Vorschläge erarbeiten, wie eine Überwindung der Sektorengrenzen angegangen werden könnte. In diesem Zusammenhang wies Staatsminister Dr. Söder darauf hin, dass nach seiner Auffassung Krankenhäuser in ländlichen Räumen bei Unterversorgung die Trägerschaft von medizinischen Versorgungszentren übernehmen könnten.

Daneben müsse die **Interkommunale Zusammenarbeit im Krankenhaussektor** gestärkt werden, da Verbundlösungen zu wesentlich effizienteren Ergebnissen führten. Allgemein sei feststellbar, dass kommunale Häuser dort gut funktionierten, wo sich die Tagespolitik am wenigsten einmischte. Als weiteren Punkt führte Staatsminister Dr. Söder die Bekämpfung der **überbordenden Bürokratie im Krankenhauswesen** an, wozu beim Bayerischen Gesundheitsministerium bereits ein Arbeitskreis gebildet worden sei. Es könne nicht angehen, dass der Bedarf an Dokumentationsspezialisten im DRG-System zunehmend steige, während auf der anderen Seite Arztstellen nicht mehr besetzt werden könnten.

Hinsichtlich der Frage, ob es noch genug Ärzte gebe, müsse zunächst festgestellt werden, dass die Zahl der Medizinstudenten weiterhin ausreiche. Eine immer geringer werdende Zahl der Absolventen des Medizinstudiums wolle jedoch als Ärzte auch tatsächlich tätig sein. Die Einführung einer **verbindlichen Landarztquote**, wie sie Bundesminister Rösler vorgeschlagen habe, **sei nicht zielführend**. Um Ärzte zukünftig wieder stärker in ländliche Regionen locken zu können, sei zunächst eine kleinräumige Bedarfsanalyse auf Länderebene

notwendig. Um Ärzten den Wechsel in ländliche Regionen zu erleichtern, sei nicht nur das Beleg- und Konsiliararztwesen weiterzuentwickeln, sondern es müssten auch Zusammenarbeitsmodelle zwischen niedergelassenen Ärzten und Ärztehäusern an Krankenhäusern geschaffen werden. Auch führe das Bayerische Gesundheitsministerium derzeit Verhandlungen mit dem Innenministerium, um Strukturmittel für die Dorferneuerung und für die Städtebauförderung umnutzen zu können für den Aufbau bzw. den Erhalt von Arztpraxen. Nicht vorstellbar seien in diesem Zusammenhang Lösungsvorschläge aus anderen Ländern wie mobile Ärzte oder „flying doctors“. Nach deutschem Verständnis wollen die Patienten ein dauerhaftes Vertrauensverhältnis zu ihrem Arzt.

Insgesamt kam der Staatsminister zu dem Ergebnis, dass von Seiten des Ministeriums der vom Bayerischen Landkreistag vorgelegte **Forderungskatalog** zur Zukunft der Kreiskrankenhäuser unterstützt werden könne.

---

## Wesentliche Ergebnisse der Podiumsdiskussion

---

Der Vorstandsvorsitzende der AOK Bayern, Dr. Helmut Platzer, hob hervor, dass Einzelverträge der Krankenkassen mit einzelnen Kliniken nur für ganz spezielle medizinische Leistungen abgeschlossen werden sollen. Es gehe um spezielle selektive Leistungen, um den

Wettbewerb zwischen einzelnen Krankenhäusern nutzen zu können. Dem hielt der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, Siegfried Hasenbein, entgegen, dass die Selektivleistungen in den Krankenhäusern zur Quersubventionierung anderer Leistungen benötigt würden. Auch könnten Krankenhäuser nur über die Erbringung von Selektivleistungen die Weiterbildung von Ärzten sicherstellen.

Besonderes Augenmerk bei der Podiumsdiskussion wurde auf das **Zusammenwirken von ambulantem und niedergelassenem Sektor im Gesundheitswesen** gelegt. Während eine regionale Monopolisierung von Medizinischen Versorgungszentren durch private Betreiber von allen Teilnehmern abgelehnt wurde, gab es zur Trägerschaft von Medizinischen Versorgungszentren durch Krankenhäuser unterschiedliche Auffassungen. Während Geschäftsführer Hasenbein die Trägerschaft von Medizinischen Versorgungszentren als zentrales Element für die Weiterentwicklung der Kreiskrankenhäuser darstellte, erinnerte der Stellvertretende Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns, Rudolf Bittner, daran, dass es zahlreiche Beispiele gebe, in denen Kreiskrankenhäuser Medizinische Versorgungszentren ohne Beteiligung oder gar gegen den Widerstand niedergelassener Ärzte aufgebaut hätten. Landrat Hubert Hafner, Landkreis Günzburg, verwies demgegenüber auf die problematische Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärzten in den Regionen.

Ebenfalls uneinheitlich blieb das Podium hinsichtlich der Frage, wann mit einer kleinräumigen **Bedarfsanalyse bei der Sicherstellung der niedergelassenen ärztlichen Versorgung** durch die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns zu rechnen sei. Während der Stellvertretende Vorstand Bittner auf die noch laufenden Vorbereitungsarbeiten verwies, forderte Staatsminister Dr. Söder eine schnellere Umsetzung mit Verweis auf eine Gesetzesinitiative Bayerns zur Änderung des SGB V. Dr. Söder forderte von den Beteiligten eine Überwindung ihres Standesdenkens. Nur unter dieser Voraussetzung sei eine Weiterentwicklung der Strukturen denkbar.

An der Podiumsdiskussion beteiligten sich auch zahlreiche Landräte aus dem Auditorium, die insbesondere eine **Erleichterung bei der Rückforderung von Krankenhausfördermitteln** einforderten, wenn in ländlichen Räumen Krankenhausstrukturen angepasst werden müssen. Insbesondere die Schlechterstellung von Krankenhäusern im grenznahen Bereich zu Österreich sei evident.

Als Resümee der Podiumsdiskussion kann die Forderung nach einer **kleinräumigen Bedarfsplanung für niedergelassene Ärzte** auf Länderebene und eine **stärkere Zusammenarbeit über die Sektorengrenzen zwischen ambulantem und stationärem Bereich** hinweg festgehalten werden. Einig waren sich alle Teilnehmer, dass die medizinische Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum nur auf diese Weise auf Dauer sichergestellt werden kann.

# Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum durch kommunale Krankenhäuser

## Bayerische Landkreise halten an kommunaler Trägerschaft fest Forderungspapier bei der Landkreisversammlung am 19. Mai 2010 in Essenbach verabschiedet

Die zentralen Forderungen der bayerischen Landräte vorangestellt in Kurzform:

- **Bundes- und Landespolitik müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit die Landkreise Ihren Sicherstellungsauftrag wahrnehmen können!**
- **Zur medizinischen Versorgung der Bürger im ländlichen Raum müssen die wohnortnahe akutstationäre Krankenhausstruktur aufrecht erhalten und Maßnahmen zur Vermeidung des Ärzte- und Fachkräftmangels ergriffen werden!**
- **Die Bedarfsplanung für die niedergelassenen Ärzte ist kleinräumig auszugestalten unter Gleichbehandlung des ländlichen Raums!**
- **Das DRG-System muss als Festpreissystem unter stärkerer Berücksichtigung der Vorhaltekosten im ländlichen Raum ausgebaut werden. Selektivverträge der Krankenkassen werden abgelehnt!**
- **Zur Erleichterung notwendiger Umstrukturierungen von Krankenhäusern im ländlichen Raum sollte der Freistaat auf Fördermittelrückforderungen weitgehend verzichten.**

Zur Untermauerung und Konkretisierung ihrer Forderungen haben die Landräte folgende Grundsätze beschlossen:

1. Die bayerischen Landkreise bekennen sich zu ihrer gesetzlichen Verpflichtung, die für ihre Bürger in ihrem Wirkungskreis erforderlichen Krankenhäuser zu errichten und zu unterhalten. Wenn der Sicherstellungsauftrag für die Kommunen weiterhin Bestand haben soll, müssen die dazu notwendigen Rahmenbe-

dingungen durch den Bund und die Länder entsprechend gestaltet werden.

2. Trotz der überaus schwierigen aktuellen Situation mancher Kreiskrankenhäuser erachten die bayerischen Landkreise die Krankenhausversorgung als eine strategische Aufgabe mit großem Zukunftspotenzial. Der Betrieb von Krankenhäusern in der Region stellt eine öffentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge dar, die sich nicht allein nach ökonomischen Grundsätzen erfüllen lässt.
3. Der Verkauf an private Betreiber bietet bei defizitären Kreiskrankenhäusern in der Regel keinen Ausweg. Der Sicherstellungsauftrag verbleibt immer bei den Kommunen. Private Klinikketten müssen ungleich mehr Rendite erwirtschaften als öffentliche Träger, um ihre Teilhaber bzw. den Aktienkurs bedienen zu können. Bei öffentlichen Trägern verbleiben Beiträge der Krankenversicherung und anderer Kostenträger im regionalen Finanzkreislauf. Dies ermöglicht größere Handlungsspielräume, um auf die demographische Entwicklung gerade im ländlichen Raum reagieren zu können.

4. Alle politischen Akteure auf Bundes- und Landesebene sind aufgerufen, die möglichst wohnortnahe Krankenhausversorgung und damit kleinräumige Krankenhausstruktur in Bayern als eigenen Wert anzuerkennen. Sie bietet nicht nur die Möglichkeit, die medizinische Versorgung trotz der befürchteten Schließung vieler Landarztpraxen aufrechtzuerhalten, sondern über die Verzahnung von ambulanten

und akutstationären Leistungen sogar noch zu optimieren. Regionale Krankenhäuser können in Kooperation mit niedergelassenen Ärzten über Ärztehäuser und Medizinische Versorgungszentren zukunftsfähige Strukturen entwickeln. Diese Verzahnung muss aber von den örtlichen Akteuren gestaltet werden, um eine überregionale Patientensteuerung zu verhindern.

5. Die bayerischen Landkreise wollen die Krankenhauslandschaft unter den Bedingungen einer modernen und bezahlbaren medizinischen Versorgung fortentwickeln. Ziel ist eine breit gefächerte und je nach Bedarf spezialisierte stationäre Krankenhausversorgung vor Ort, um einen Ausgleich zwischen den Erfordernissen des medizinischen Fortschritts und der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung in der Fläche herstellen zu können.
6. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Bedarfsplanung für die vertragsärztliche Versorgung dringend zugunsten der ländlichen Räume verbessert werden muss. Städtische und ländliche Regionen sind hinsichtlich der Einwohner-Arzt-Relationen gleich zu behandeln. Es kann nicht sein, dass das Verhältnis Einwohner pro Arzt in den verschiedenen Facharztgruppen im ländlichen Raum schlechter ist als im städtischen Raum.
7. Alle Akteure sind aufgerufen, Maßnahmen zu ergreifen, um den zunehmenden Mangel an Ärzten und Fachkräften in den pflegerischen und medizinisch-technischen Bereichen sowie in den Funktionsbereichen zu

begegnen. Bund und Länder müssen die Ausbildungskapazitäten in den entsprechenden Studiengängen und Berufen erhöhen. Zugangsvoraussetzungen müssen überprüft und ggf. abgesenkt werden, um wieder mehr Studenten und Auszubildende zu gewinnen. Lehrinhalte und Abschlüsse müssen harmonisiert werden, um Weiterqualifizierungen und Berufswechsel zu erleichtern. Gerade für die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum müssen zusätzliche Anreize geschaffen werden.

8. Die dualistische Finanzierung der Krankenhäuser, bei der neben den Betriebskosten über die Krankenkassen und anderer Kostenträger die Investitionskosten weitgehend von der öffentlichen Hand getragen werden, ist beizubehalten. Nur auf diese Weise kann der politische und gesellschaftliche Einfluss auf Strukturentscheidungen gesichert werden, bei denen die Interessen der Bevölkerung im ländlichen Raum in besonderer Weise zu berücksichtigen sind.
9. Die Krankenhausplanung ist als Rahmenplanung beizubehalten. Sie darf nicht in zunehmendem Maße durch spezialisierte Fachprogramme ersetzt werden. Zur Vermeidung von Versorgungslücken muss die Krankenhausplanung weiterentwickelt werden.
10. Das DRG-System muss als Festpreissystem ausgebaut werden.

Der Kontrahierungszwang muss erhalten bleiben, um einen reinen Preiswettbewerb über Selektivverträge seitens der Krankenkassen auszuschließen. Die Vorhaltekosten der Krankenhäuser etwa für Bereitschaftsdienste müssen bei den DRG-Fallpauschalen stärker berücksichtigt werden. Die Vergütung der ambulanten Leistungserbringung einschließlich Notfallambulanzen durch Krankenhäuser im Einheitlichen Bewertungsmaßstab ist zu verbessern.

11. Die Investitionskostenförderung durch die öffentliche Hand muss allerdings auch umgesetzt werden. Der Freistaat Bayern hat sich in der Vergangenheit mit der hälftigen Finanzierung der Krankenhaumlage im Bundesvergleich beispielhaft engagiert. Dieses Engagement muss im Sinne der Verlässlichkeit für die Kommunen auch in Zukunft beibehalten werden. Gleichzeitig muss für die Sanierung der Häuser der Spitzenversorgung ein Sonderprogramm aufgelegt und mit einer entsprechenden mittelfristigen Planung verbunden werden. Bei Umstrukturierungen von Krankenhäusern muss auf Fördermittelrückforderungen seitens des Freistaats weitgehend verzichtet werden.
12. Die öffentliche Trägerschaft von Krankenhäusern kleinerer und mittlerer Größe kann im Regelfall nach den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten gut durch kommunale Kli-

nikverbünde oder gleichberechtigte Kooperationen mit Einrichtungen anderer Trägerschaft dauerhaft gesichert werden. Dabei ist jeweils darauf zu achten, dass die Besonderheiten der Krankenhausversorgung als öffentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge erhalten bleiben.

13. Zur Gewährleistung einer gleichwertigen medizinischen Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum müssen bei der Krankenhausplanung und der Schaffung von Verbundlösungen das Rettungswesen und die ambulante wie stationäre Notfallversorgung mit einbezogen werden. Gleichzeitig muss der Krankenhaussektor flexibilisiert werden; dazu gehören insbesondere die Ermächtigung der Krankenhäuser zur ambulanten Krankenversorgung sowie die Schaffung von Möglichkeiten der Vernetzung von Krankenhäusern mit nachsorgenden Einrichtungen wie Rehabilitations- und Altenpflegeeinrichtungen.
14. Der Krankenhaussektor ist als Teil des Gesundheitsmarktes von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse. Landkreiskrankenhäuser schaffen und sichern Arbeitsplätze im eigenen Wirkungsbereich. Die Europäische Union und der Bund sind aufgefordert, bei der Weiterentwicklung wettbewerbspolitischer Regularien den Charakter der Krankenhausversorgung als öffentliche Aufgabe zu respektieren.

## Musikschulverband und Bayerischer Musikrat stellen sich beim Bayerischen Landkreistag vor

**Am zweiten Tag der Jahresversammlung des Bayerischen Landkreistags in Essenbach im Landkreis Landshut haben der Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen und der Bayerische Musikrat in Anwesenheit von Ministerpräsident Horst Seehofer die derzei-**

**tige Situation der musisch-kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche in Bayern erläutert.**

Damit möglichst alle Kinder die Chance zu musikalischer Bildung erhalten, brauche es neben engagierten Bürger-

meistern auch die Repräsentanten der Landkreise, erklärte Altlandrat Hanns Dorfner, Präsident des Musikschulverbandes, den rund 300 Landkreisvertretern. Er stellte die Leistungen öffentlicher Musikschularbeit vor und sprach sich für ein erreichbares und bezahl-



*Zeigen, dass die öffentliche Musikschule auch Kindern im ländlichen Raum eine musikalische Bildung von Anfang an ermöglicht: das Volksmusikensemble der Musikschule Essenbach*

bares Musikschulangebot vor allem in den ländlichen Regionen aus. „Wo einzelne Gemeinden eine Musikschule nicht betreiben können, sind die Landkreise in die Pflicht zu nehmen“, sagte Dorfner. Dass dies in der Praxis schon mehrfach von Erfolg gekrönt ist, zeigte Dorfner mit der Vorstellung von Landkreismusikschulen und betonte, dass diese Landkreise trotz angespannter Finanzlage ihr Musikschulangebot aufrechterhalten; Ziel des Musikschulverbandes sei es, die Landräte zu einem Miteinander bei der musikalischen Jugendbildung im ländlichen Raum zu bewegen.

Unterstützung erhielt Dorfner auch von Horst Seehofer. Obwohl der Ministerpräsident die angespannte Finanzlage als Folgen der Finanzkrise in den Mittelpunkt seiner Ansprache stellte, versäumte er es nicht, ausdrücklich zu betonen: „Wir müssen für die Kinder sparen, nicht an ihnen!“

In diesem Jahr sind Musikschulverband und Bayerischer Musikrat bereits

in einen intensiven Dialog mit dem Gemeindetag getreten. „Die Vorstellung beim Landkreistag und die im Herbst folgende Präsentation beim Städtetag sind ein weiterer planvoller Schritt auf dem Weg, die kommunalen Spitzenverbände von der Dringlichkeit öffentlicher Musikschularbeit zu überzeugen“, sagt Wolfgang Greth, Vorsitzender des Musikschulverbandes. Trotz angespannter Finanzlage wolle man gemeinsam die politische Schubkraft in Richtung staatlicher Förderung erhöhen.

An der Seite des Musikschulverbandes bat der Präsident des Bayerischen Musikrats, Dr. Thomas Goppel, in einem engagierten Appell die Landräte um Unterstützung, wenn es darum geht, die qualifizierten Angebote der öffentlichen Musikschulen, der Blasmusik und Chöre in die Nachmittage der allgemeinbildenden Schulen einzubringen. „Menschenbildung mehr Raum zu geben, als das in den vergangenen 50 Jahren der Fall war“, wünschte sich Goppel.



*Plädiert für die Idee der Musikschule: Altlandrat Hanns Dorfner, Passau*

## Finanzielle Mindestausstattung der bayerischen Landkreise ab 2011 gefährdet

**Durch die Konjunkturkrise sind die Steuereinnahmen der bayerischen Gemeinden 2009 um ca. 8,8 % gesunken, in der Summe um 1,2 Mrd. Euro auf 12 Mrd. Euro. Durch die konjunkturelle Entwicklung, die Berücksichtigung der Krankenkassenbeiträge bei der Einkommensteuer und das Wachstumsbeschleunigungsgesetz muss 2010 erneut mit einem Rückgang der Steuereinnahmen der bayerischen Gemeinden in Höhe von 1,0 Mrd. Euro gerechnet werden. Die Umlagekraft der Landkreise wird damit 2011 um rd. 8 % und 2012 nochmals um rd. 8 % sinken! Gleichzeitig steigen die Sozialausgaben der bayerischen Kommunen jährlich um rund 250 Mio. Euro an! Vor allem in den Bereichen der Hartz IV-Unterkunftskosten, der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und der Hilfe zur Pflege steigen die Kosten vor allem durch den Anstieg der Fallzahlen.**

Vor dem Hintergrund, dass sich die Bezirke und Landkreise 2011 und 2012 auf einen Rückgang der Umlagekraft um jährlich rund 8 % einstellen müssen, ist der Freistaat Bayern aufgerufen, über den Bundesrat dem Bund Einsparvorschläge zu unterbreiten, um bereits jetzt notwendige Veränderungen bei der Eingliederungshilfe, der Pflege, der Jugendhilfe und der Grundsicherung im Alter bzw. bei Erwerbsunfähigkeit eine Bundesbeteiligung vor allem bei der Eingliederungshilfe zu diskutieren. Bund und Länder müssen das bestehende soziale Leistungsrecht überarbeiten mit dem Ziel, dass nur wirklich Bedürftige einen Leistungsanspruch haben. Eine Beteiligung des Bundes (neben den Ländern) in Höhe von einem Drittel an den Kosten der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung erscheint unausweichlich und wäre voll gerechtfertigt, da das Leistungsrecht der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung das Nachrangprinzip der Sozialhilfe nicht mehr anerkennt.

Bund und Länder müssen Vorsorge treffen, dass gegenüber den Kommunen eine aufgabenangemessene Finanzausstattung sichergestellt wird, um deren Finanzhoheit und damit das kommunale Selbstverwaltungsrecht zu erhalten.

Auch muss daran erinnert werden, dass der Schuldenstand der Kommunen in Bayern seit der Wiedervereinigung von rund 12 Mrd. Euro auf 20 Mrd. Euro angestiegen ist. Rückläufige Steuereinnahmen und ständig steigende Sozialausgaben können nicht erneut durch höhere Schulden aufgefangen werden. Es kann nicht angehen, dass die Kommunen zu Lasten der örtlichen Wirtschaft und der Bürger ihre Investitionen in die Bereiche Schulen, Abwasser, Wasser, Straßen auf Null zurückfahren. Steuereinnahmen, Sozialausgaben und Investitionen in die kommunale Infrastruktur sowie der Zuwachs an Verschuldung müssen in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen.

## Bayerische Kommunen reduzierten 2009 ihre Schuldenlast nur noch geringfügig

**Die Kernhaushalte der kommunalen Körperschaften in Bayern wiesen am 31. Dezember 2009 Schulden in Höhe von gut 14,5 Milliarden Euro aus. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung weiter mitteilt, waren das lediglich um 0,2 Prozent oder knapp 26 Millionen Euro weniger Schulden als im Jahr davor. 13,8 Milliarden Euro der kommunalen Schulden waren Kreditmarktschulden und knapp 786 Millionen Euro Schulden bei öffentlichen Haushalten. Die Schulden der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen wuchsen dagegen kräftig um 11,1 Prozent auf 19,4 Milliarden Euro.**

Der Schuldenstand der Kernhaushalte der kommunalen Körperschaften in

Bayern (Gemeinden, Gemeindeverbände, kommunale Zweckverbände und Verwaltungsgemeinschaften) belief sich am 31. Dezember 2009 auf 14 545,1 Millionen Euro. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung weiter mitteilt, hat sich damit die Verschuldung im Laufe des Jahres lediglich um 0,2 Prozent oder knapp 26 Millionen Euro verringert. Seit 2005 werden kontinuierlich Schulden abgebaut: Im Jahr 2005 verringerte sich der Schuldenberg um 81,9 Millionen Euro, 2006 um 713,6 Millionen Euro, 2007 um 622,3 Millionen Euro und 2008 um 997,4 Millionen Euro.

Weniger Schulden als im Vorjahr wurden auch für zwei Teilgruppen der kommunalen Körperschaften ermittelt: Die

Landkreise reduzierten ihren Schuldenstand um 58,4 Millionen Euro bzw. 2,7 Prozent auf 2 110,0 Millionen Euro, die Bezirke verringerten ihn um 10,1 Millionen Euro bzw. 5,8 Prozent auf 162,7 Millionen Euro. Dagegen erhöhten die kreisfreien Städte ihren Schuldenstand zum 31. Dezember 2009 um 21,2 Millionen Euro bzw. 0,4 Prozent auf 5 629,8 Millionen Euro. Auch die kreisangehörigen Gemeinden haben einen Schuldenaufbau gemeldet, und zwar um 5,7 Millionen Euro bzw. 0,1 Prozent auf 5 898,8 Millionen Euro.

Die Schulden aller kommunalen Haushalte setzten sich Ende 2009 aus 13 759,5 Millionen Euro Kreditmarktschulden und 785,6 Millionen Euro Schulden bei öffentlichen Haushalten zusammen.

Die kommunalen Haushalte erhöhten im abgelaufenen Jahr ihre Verschuldung am Kreditmarkt um 55,3 Millionen Euro (+ 0,4 Prozent) und verringerten den Schuldenstand bei den öffentlichen Haushalten um 81,0 Millionen Euro (- 9,3 Prozent).

Die Kreditmarktschulden der Haushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner gelten in der Schuldenstatistik als ein Maßstab für die Höhe der kommunalen Verschuldung. Zum 31. Dezember 2009 ergab sich hier ein Betrag von 1 044 Euro je Einwohner. Gegenüber dem Vorjahr (1 039 Euro) hat sich diese Belastung um 0,5 Prozent erhöht.

Neben den Kreditmarktschulden und den Schulden bei öffentlichen Haushalten nahmen die Kernhaushalte der kommunalen Körperschaften Kassenkredite zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsgpässe auf. Diese erreichten am 31. Dezember 2009 einen Stand von 232,2 Millionen Euro, 4,1 Prozent weniger als ein Jahr zuvor.

Nicht in den 14 545,1 Millionen Euro Schulden enthalten sind die Kreditmarktschulden und Schulden bei öffentlichen Haushalten der – ganz überwiegend dem kommunalen Bereich zuzuordnenden – kaufmännisch buchenden öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sonder-

rechnung (FEU). Diese beliefen sich Ende 2009 auf insgesamt 19 390,0 Millionen Euro, was einer Zunahme um 11,1 Prozent entspricht. Zu den FEU zählen unter anderem die kommunalen Eigenbetriebe (inkl. Krankenhäuser) mit einem Schuldenstand von 4 148,3 Millionen Euro (- 0,8 Prozent), in öffentlich rechtlicher Rechtsform geführte FEU mit 1 128,3 Millionen Euro (- 0,2 Prozent) und privatrechtliche Wirtschaftsunternehmen mit 14 113,4 Millionen Euro (+ 16,3 Prozent). Bei allen FEU ist die Mehrheit der Anteile in öffentlicher Hand. (Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung)

## Europäische Metropolregion München vertieft Kontakte zu China

**Mit einem Wirtschaftsempfang in Shanghai vertiefte die Europäische Metropolregion München (EMM) Anfang Juni Ihre Kontakte zu China. Rund 100 Gäste kamen auf Einladung**

**von Oberbürgermeister Christian Ude, zugleich Vorstandsvorsitzender der EMM e.V., im German Centre for Trade and Industry zusammen und informierten sich über die Chancen und**

**Möglichkeiten für chinesische Unternehmen in der Europäischen Metropolregion München.**

Die EMM reicht von Eichstätt im Norden



Waren in China mit der Metropolregion München: der Präsident des Bayerischen Landkreistags Dr. Jakob Kreidl (3. v. l.), Landrätin Johanna Rumschöttel, München (4. v. r.), die Landräte Josef Niedermaier, Bad Tölz-Wolfratshausen (4. v. l.) und Hermann Steinmaß, Traunstein (3. v. r.) mit dem Vorstandsvorsitzenden der EMM Oberbürgermeister Christian Ude, München

bis Garmisch-Partenkirchen im Süden und von Augsburg im Westen bis nach Rottal-Inn im Osten. Auf einer Fläche von etwa 24.000 Quadratkilometern leben rund 5,5 Millionen Bürger – etwa jeder 15. Deutsche ist somit in der Metropolregion München zu Hause. Innerhalb der elf Metropolregionen in ganz Deutschland nimmt die Metropolregion München in vielen Bereichen eine Spitzenstellung ein. Die Geschäftsstelle der EMM befindet sich seit Anfang 2010 im Haus der bayerischen Landkreise.

Die Metropolregion München gilt als eine der forschungsstärksten Metropolregionen in Deutschland, wie Landrätin Johanna Rumschöttel, Landkreis Mün-

chen, erklärte. „Da wir nur über sehr begrenzte natürliche Rohstoffe verfügen, ist der Rohstoff „Wissen“ unser bedeutendster Standortfaktor“, so Johanna Rumschöttel. Um auch künftig an der Spitze zu bleiben, sei es wichtig, „kluge Köpfe“ aus der ganzen Welt an die Region zu binden. Ein dichtes Netzwerk nationaler und internationaler Wissenschaftseinrichtungen in der EMM Sorge dafür, dass neues Wissen entstehe und in der Wirtschaft genutzt werden könne.

Landrat Hermann Steinmaß zeigte am Beispiel des Landkreises Traunstein, dass die Region um München nicht nur mit herrlichen Landschaften und Freizeitmöglichkeiten punkten kann, sondern

dort auch internationale High-Tech-Firmen angesiedelt sind. So besteht zwischen der Chiemsee-Region und der Stadt Hangzhou eine lebendige Partnerschaft: Seit 2006 gebe es gegenseitige Besuche auf regionalen Messen und einen ständigen Gedankenaustausch über Medizin und Umweltschutz, berufliche Bildung und Tourismus, so Steinmaß.

Zur Delegation in Shanghai gehörten u. a. auch der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Dr. Jakob Kreidl, Miesbach und Landrat Josef Niedermair, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen. (EMM)

## Kreisverwaltungen sollen kundenfreundlicher werden

### Bürgerbefragungen in vielen bayerischen Landkreisen angelaufen

**In den Monaten Juni und Juli 2010 führt die GfK im Auftrag verschiedener bayerischer Landkreise umfangreiche Bürgerbefragungen durch. Die GfK berichtete bereits von einem problemlosen Start. Ihren Ausgangspunkt nahmen diese Befragungen vor zehn Jahren innerhalb des Pilotprojekts „Verwaltungsreform“ des Bayerischen Landkreistags. Zum Zweck der Modernisierung der Kreisverwaltungen haben sich innovative Landkreise zusammengeschlossen und unter anderem eine Bürgerbefragung konzipiert.**

„Diese Befragung passt bestens in unser Konzept: Die Behörden wollten und wollen sich auch weiterhin stärker an den Interessen der Bürger orientieren“, kommentiert der Bayerische Landkreistag die Hintergründe der wiederholten Befragung.

Die Befragung umfasst alle Themenkomplexe, die in der Bevölkerung erfahrungsgemäß zu Zufriedenheit oder Unzufriedenheit führen. Dabei geht es zum einen um den fachlichen und per-

sönlichen Eindruck, den die Bürger vom Personal der Landratsämter haben. Ein zweiter Schwerpunkt betrifft alle relevanten infrastrukturellen und organisatorischen Aspekte – angefangen beim Parkplatz und den Öffnungszeiten bis hin zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Bearbeitung von Anfragen oder Anträgen.

Die GfK in Nürnberg, das größte deutsche Marktforschungsinstitut, wurde erneut beauftragt, im Namen der Landkreise Coburg, Erding, Haßberge, Landsberg a. Lech, Miltenberg, Mühldorf a. Inn, Nürnberger Land, Oberallgäu, Passau, Roth, Rottal-Inn und Schweinfurt jeweils 400 telefonische Interviews mit zufällig ausgewählten Personen zu führen. Die Stichprobe ist ausreichend, um differenzierte Aussagen über die Meinung der Bürgerinnen und Bürger zu ihren Landratsämtern und den publikumswirksamen Sachgebieten zu ermöglichen.

Der Miltenberger Landrat Roland Schwing, Erster Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags und Leiter

dieses Pilotprojekts hofft, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger, die von der GfK um ein Interview gebeten werden, eine Viertelstunde Zeit nehmen. Auch der neu gewählte Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Dr. Jakob Kreidl, Miesbach, erwartet eine rege Beteiligung.

Bis zum Spätherbst hat die GfK alle Interviews analysiert und kann jedem Landratsamt ein genaues Zeugnis seiner Stärken und Schwächen ausstellen. Zudem wird sie für alle teilnehmenden Landratsämter Empfehlungen erarbeiten, mit welchen Maßnahmen diese ihre Bürgerinnen und Bürger in Zukunft stärker zufrieden stellen können.

Da aus den Ergebnissen der früheren Befragung eine Vielzahl von Handlungsempfehlungen abgeleitet und umgesetzt werden konnte, wird die Befragung in diesem Jahr erneut durchgeführt. Eine erfolgreiche Initiative, die seitdem weitere Behörden, Bezirksregierungen wie auch Landkreise sowohl in Bayern als auch in Hessen aufgegriffen haben.

## Landkreis Lichtenfels und seine Gemeinden ziehen an einem Strang

### Seit Jahresbeginn besteht ein gemeinsamer GIS-Verbund für den Landkreis und die Gemeinden

**Viele kommunale Entscheidungen haben einen geografischen Raumbezug. Kurze Verwaltungs-, Genehmigungs- und Planungsverfahren sind zum wichtigen Standortfaktor geworden und eine schnelle und aktuelle Informationsbeschaffung ist unerlässlich. Genau hierin liegt die Stärke eines Geoinformationssystems (GIS), mit dem riesige Datenmengen unterschiedlichster Art und Herkunft vorgehalten und schnell abgerufen sowie visualisiert werden können.**

Der Landkreis Lichtenfels setzt das webbasierte GIS der Fa. RIWA (Kempten) ein. Die sog. „Geobasisdaten“, das sind digitale Flurkarten, Luftbilder, Höhenfestpunkte, Höhenlinien, usw., sowie übergeordnete und eigene Geofachdaten wie z. B. Informationen über Naturschutzgebiete, Biotopflächen, Wasserschutzgebiete, Flächennutzungspläne, Bebauungspläne, liegen auf einem externen Server und können von überall via Internet abgerufen werden. Die Installation und Vorhaltung einer eigenen Hard- und Softwareumgebung durch das Landratsamt und die damit verbundenen Lizenzkosten entfallen. Die für ein GIS benötigten Grunddaten werden von der Bayerischen Vermessungsverwaltung, die beim Ausbau des Landkreis-GIS-Verbundes ein zuverlässiger Partner war, im Rahmen einer Datennutzungsvereinbarung bereitgestellt. Darüber hinaus besteht ein dezentraler, direkter Zugriff auf Daten von Fachämtern, wie z. B. die Denkmaldaten beim Landesamt für Denkmalpflege. Damit sind die vorgehaltenen Informationen immer aktuell auf „Knopfdruck“ verfügbar und bilden eine umfassende, fächerübergreifende Entscheidungsgrundlage.

Bereits seit der Einführung des GIS im Landratsamt im Herbst 2007 war beabsichtigt, alle Städte, Märkte und

Gemeinden zu integrieren, um die Vorteile und die Synergieeffekte im Sinne einer bürgernahen Verwaltung zu nutzen und gleichzeitig die interkommunale Zusammenarbeit auszubauen. Anfänglich standen hierbei noch Skepsis und der Kostenaspekt diesem Ziel entgegen. Durch die gute Überzeugungsarbeit von Landrat Reinhard Leutner und den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes Lichtenfels konnte in mehreren Informationsveranstaltungen auf Bürgermeister- und Verwaltungsebene Einigkeit über den Beitritt aller kreisangehörigen Gemeinden erzielt werden. Ein entscheidender Punkt war hierbei nicht zuletzt die Anfangsfinanzierung durch den Landkreis und die Möglichkeit der Städte, Märkte und Gemeinden im Rahmen einer Datennutzungsvereinbarung „zum Nulltarif“ zusätzliche Daten des Landkreises mitzunutzen.

Damit ist ein Meilenstein für die weitere Entwicklung auf dem Weg zur interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich eGovernment gesetzt worden. Im Sinne einer bürgernahen Verwaltung mit schnellen unbürokratischen Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger haben der Landkreis und all seine angehörigen Gemeinden flexibel, zeitgemäß und vorausschauend gehandelt.

Nach der Freischaltung der Zugänge für die Gemeinden in den zurückliegenden Monaten kann mittlerweile in den Rathäusern auf die beim Landratsamt verfügbaren Daten direkt zugegriffen und für eigene Entscheidungen verwertet werden. Dabei hat das Landratsamt bereits erhebliche Vorleistungen erbracht. Beispielsweise wurden schon alle im Landkreis geltenden Bebauungspläne mit ihren Geltungsbereichen im GIS erfasst und bereits 150 Bebauungspläne digitalisiert, georeferenziert (d.

h. raumbezogene Informationen wurden einem bestimmten Datensatz zugewiesen) und in das System eingebunden. Ebenso stehen schon 18.000 Datensätze aus den Bereichen Bauwesen, Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserrecht zur Verfügung, um nur einige Beispiele zu nennen. Ergänzend zu den bereits vorhandenen Informationen können die Gemeinden ihre eigenen kommunalspezifischen Daten, wie Kanal-, Wasserleitungs-, Straßendaten in das System einpflegen. Damit stehen diese gemeindlichen Daten bei Bedarf auch dem Landratsamt zur Verfügung, sodass hier der gegenseitige Nutzen einer gemeinsamen Landkreislösung und die eintretenden Synergien deutlich werden. Lange und umständliche Papierwege, die bisher an der Tagesordnung waren, gehören damit der Vergangenheit an.

Um die Anwendung dieses Systems mit all seinen zusammenhängenden Aufgaben für die Mitarbeiter der Gemeinden und des Landratsamtes zur Routine werden zu lassen, werden durch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes ständig **Schulungen** angeboten. Dabei werden die Teilnehmer unter anderem hinsichtlich der Digitalisierung und Georeferenzierung von Plänen geschult, sodass auch diesbezüglich keine Kosten entstehen oder Fremdvergaben notwendig werden. Ein gemeinsamer GIS-Arbeitskreis übernimmt die Betreuung und Beantwortung aller Fragen rund um den Landkreis-GIS-Verbund.

Dass ein solches Projekt nicht nur in fachlicher Sicht, sondern auch unter **Kostenaspekten** vorteilhaft ist, zeigt sich daran, dass im Vergleich zu der jeweiligen Einzelbeschaffung eines GIS-Systems durch die Gemeinden jährlich ein fünfstelliger Betrag an Nutzunggebühren eingespart wird. Zudem können



die Kosten für die Datenbeschaffung minimiert werden, da die Gemeinden die Geobasisdaten, die das Landratsamt von der Vermessungsverwaltung über das gemeindliche Kontingent hinaus bezieht, durch die Generalvereinbarung mit dem Bayerischen Landkreistag mitnutzen dürfen.

Die Gemeinden konnten in die neue Datenplattform dank des Engagements

der beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Städte, Märkte und Gemeinden sowie des Landratsamtes in kürzester Zeit eingebunden werden. Auch das zuständige Vermessungsamt in Coburg und die Fa. RIWA trugen durch ihre tatkräftige Unterstützung zu einem gelungenen Start des Landkreis-GIS bei. Der Landkreis Lichtenfels und seine Gemeinden sind mit ihrem landkreiswei-

ten System ein gelungenes Beispiel für die interkommunale Zusammenarbeit beim Thema GIS und ziehen zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger an einem Strang. (LRA Lichtenfels)

## Innovationsstiftung bayerische Kommune

Auf Anregung der bayerischen kommunalen Spitzenverbände hat die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung (AKDB) die „Innovationsstiftung bayerische Kommune“ errichtet. Der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Landkreistag, der Bayerische Städtetag, der Verband der bayerischen Bezirke sowie die AKDB als Stifterin wollen damit die Modernisierung der Verwaltung zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der bayerischen Kommunen und zum nachhaltigen Nutzen für die Bürger unterstützen. Die demografische Entwicklung, der technologische Wandel und die große Bedeutung der

Kommunen sind die Hauptgründe für die Errichtung einer solchen Stiftung. Die Stiftung fördert auf Vorschlag der bayerischen kommunalen Spitzenverbände innovative Vorhaben oder Pilotprojekte mit IT-Bezug und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

In den Räumen der Regierung von Oberbayern in München fand am 28. Juni die Übergabe der Anerkennungsurkunde und die konstituierende Sitzung statt. Regierungspräsident Christoph Hillenbrand überreichte dem Vorstand der AKDB, Alexander Schroth und Rudolf Schleyer,

im Beisein der Geschäftsführer der bayerischen kommunalen Spitzenverbände die Anerkennungsurkunde: „Dank dieser Stiftung wird die Zukunftsfähigkeit bayerischer Kommunen vorangetrieben“, so Hillenbrand. Der Vorstandsvorsitzende der Stiftung, Alexander Schroth, erklärte dazu: „Wir freuen uns, dass die AKDB gemeinsam mit den Spitzenverbänden die Stiftung ins Leben rufen konnte. Dies zeigt einmal mehr, wie stark die AKDB in der kommunalen Familie verwurzelt ist.“ (AKDB)

## Dialogplattform der Bayerischen Staatsregierung: [www.aufbruch.bayern.de](http://www.aufbruch.bayern.de)

Die Bayerische Staatsregierung erarbeitet mit dem Regierungsprogramm „Aufbruch Bayern“ Prioritäten und Perspektiven für die künftige Entwicklung des Freistaats. „Aufbruch Bayern“ wird das große Leitprojekt der Staatsregierung

für die kommenden Jahre sein. Die Bürgerinnen und Bürger sollen daher frühzeitig eingebunden werden und haben die Möglichkeit, von Mitte Juni bis Ende Juli 2010 auf der Bürgerplattform „Aufbruch Bayern“ unter dem Motto „Ihr

Vorschlag zählt!“ eigene Ideen und Konzepte zu Familie, Bildung, Innovation und Investitionen einzubringen, zu diskutieren und gegenseitig zu bewerten.

## Bayerischer eGovernment-Preis für Landratsamt Cham

**Das Landratsamt Cham wurde erneut für seine herausragenden Angebote im Bereich der „elektronischen Verwaltung“ geehrt. Im Rahmen des Bayerischen eGovernment-Preises 2010 zeichnete Staatssekretär Franz Josef Pschierer, IT-Beauftragter der Staatsregierung, das Projekt „Online-Services des Landkreises Cham“ mit dem 2. Preis aus.**

Staatssekretär Pschierer würdigte die Internetangebote des Landkreises Cham ([www.landkreis-cham.de](http://www.landkreis-cham.de)) als bayernweit vorbildlich. Das äußerst breite Angebot an eGovernment-Services des Landkreises habe sich ohne jede Förderung in der Praxis bewährt und dabei ein hohes Maß an Anerkennung auf Landes- und Bundesebene erlangt. In der Laudatio führte er aus: „Die Angebote des Landkreises Cham geben den Bürgern, der Wirtschaft und den Verwaltungsbehörden sehr weit-

reichende und vielschichtige Einblicke in Verwaltungsdaten des Landkreises und erhöhen somit die Transparenz und die Akzeptanz des Verwaltungshandelns im Landkreis.“ Über den Behördenwegweiser findet man die benötigten amtlichen Informationen, Ansprechpartner und die zugehörigen Formulare. In den Amtsblättern ist eine Volltextrecherche bis zurück zum Jahr 2000 möglich. Ergänzt wird dieses Angebot durch die Wunschkennzeichenreservierung, einen landkreisweiten Veranstaltungskalender mit integriertem Google Kartendienst und das grenzüberschreitende Wirtschaftsportal Regioport. Ein ganz besonderes „Schmankerl“ stellt das als Web-GIS zur Verfügung gestellte Geographische Bürgerinformationssystem dar. Ebenso können sämtliche Flächennutzungs- und Bebauungspläne der Gemeinden im Landkreis aufgerufen werden.

Der Bayerische eGovernment-Preis

wurde in diesem Jahr erstmals verliehen und stand unter dem **Motto „Vorsprung durch eGovernment für Wirtschaft, Kommunen und Verwaltung“**. Alle staatlichen und kommunalen Behörden waren aufgerufen, besonders innovative und in der Verwaltungspraxis bewährte Lösungen einzusenden. Aus den 26 Einreichungen wählte eine Fachjury mit Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung drei impulsgebende Lösungen aus. Der erste Preis ging an die Stadt Nürnberg, der dritte an die TU München.

Stellvertretender Landrat Dankerl freute sich über die erneute Auszeichnung und gratulierte den im Landratsamt verantwortlichen Mitarbeitern Reinhard Babl, Dr. Ulrich Huber und Gerhard Schmidt zur Auszeichnung. (LRA Cham)



Stellvertretender Landrat Michael Dankerl gratuliert Reinhard Babl, Dr. Ulrich Huber und Gerhard Schmidt zur Auszeichnung.

## ServiceQualität Deutschland: Qualitätsmanagementsystem für touristische Betriebe

**Qualitätssicherung und -verbesserung spielen für die Tourismuswirtschaft gerade vor dem Hintergrund intensiver werdenden globalen Wettbewerbs und schwereliger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen eine große Rolle und zählen zu den wesentlichen Trends der Branche. Eine herausragende Initiative in diesem Zusammenhang ist das gemeinsam von Bundesländern und Tourismuswirtschaft betriebene Projekt ServiceQualität Deutschland.**

Für den Großteil der Landkreise ist der Tourismus eine Branche mit einer soliden Zukunftsprognose und großem wirtschaftlichen Potenzial. Tourismus trägt nicht nur zur Wirtschaftsstruktur und zum Arbeitsplatzangebot bei, sondern ist vor allem für durch Struktur-schwäche gekennzeichnete Landkreise oftmals fast alternativlos. Daher setzen insbesondere solche Landkreise auf die Entwicklung ihres touristischen Potenzials und damit auf Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor. In Anbetracht der volkswirtschaftlichen, aber auch und vor allem der regionalpolitischen Bedeutsamkeit des Tourismus für die Wertschöpfung in den Kommunen sowie aufgrund der relativen Krisenfestigkeit des Wirtschaftssektors müssen die Potenziale im Tourismusbe-

reich erkannt und entwickelt werden. Für bereits bestehende Angebote zählt hierzu vor allem die ständige Verbesserung und Sicherung von Qualität. Dies ist eine Daueraufgabe, gerade mit Blick auf die – national und international – wachsende touristische Konkurrenz.

In diesem Bestreben unterstützt der Deutsche Landkreistag die Initiative ServiceQualität Deutschland, die mittlerweile von allen Bundesländern zum internen Qualitätsmanagement eingesetzt wird. Der Deutsche Tourismusverband koordiniert hierbei die Geschäfte im Auftrag der beteiligten Länder. Über 2.222 Betriebe setzen das dreistufige innerbetriebliche Qualitätsmanagementsystem bereits ein. Hierdurch werden Unternehmen angeregt, eigene Verbesserungsvorschläge auszuarbeiten und umzusetzen. So wird die Servicequalität stetig optimiert und gesichert, da die individuellen Maßnahmen durch das Unternehmen selbst generiert werden. Wer daran teilnimmt, wird für drei Jahre mit dem Q-Siegel zertifiziert, das gegenüber den Kunden werbend eingesetzt werden kann.

Den Leistungsanbietern wird ein Instrument zur Verfügung gestellt, das hilft, den neuen Kundenansprüchen

gerecht zu werden, die Servicequalität in Deutschland zu verbessern und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten. Im Einzelnen werden folgende Ziele verfolgt:

- Nachhaltige und schrittweise Verbesserung der Qualität,
- Schaffung, Förderung und Kommunikation eines einheitlichen Q-Standards,
- Steigerung des Qualitätsbewusstseins,
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen Dienstleistungsbetrieben,
- Verbesserung der Mitarbeiterfreundlichkeit und Kundenbindung und
- Verbesserung des Preis-/Leistungsverhältnisses.

Weitere Informationen sind unter [www.q-deutschland.de](http://www.q-deutschland.de) abrufbar. (DLT)

## Bilder aus Oberfranken – Natur und Landschaft

Die Regierung von Oberfranken hat eine Dokumentation „Bilder aus Oberfranken – Natur und Landschaft“ auf der Homepage der Regierung von Oberfranken ([www.regierung.oberfranken.bayern.de/nat](http://www.regierung.oberfranken.bayern.de/nat)) eingestellt. Mit den

Beiträgen zu Aussichtspunkten, landschaftsprägenden Baudenkmalern, Felsen, Gewässern, Höhlen, alten Bäumen und Fauna soll ein Eindruck von der ungewöhnlichen Vielfalt und Schönheit der oberfränkischen Natur und Land-

schaft vermittelt werden. Als „weicher Standortfaktor“ kann diese Dokumentation auch bei der Ansiedlung von wirtschaftlichen Betrieben unterstützen. (Regierung von Oberfranken)

## Kommunale Krankenhäuser sind wichtige Arbeitgeber – Weitere Sparrunde oft nur durch Stellenabbau finanzierbar

### Kommunale Spitzenverbände warnen vor Nullrunde für Krankenhäuser

Die kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene warnen vor einer Nullrunde beim Budget für die Krankenhäuser für das kommende Jahr: „Eine Nullrunde bedeutet de facto eine Minusrunde. Die Einnahmen der Krankenhäuser stiegen nicht. Gleichzeitig haben wir höhere Personalkosten von etwa 1,5 Milliarden Euro durch Tarifabschlüsse und steigende Sozialbeiträge“, sagten die Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände, Dr. Stephan Articus (Deutscher Städtetag), Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (Deutscher Landkreistag) und Dr. Gerd Landsberg (Deutscher Städte- und Gemeindebund) anlässlich der vom Bundesgesundheitsministerium einberufenen Klausur. Sie appellierten an Bundes-

**gesundheitsminister Dr. Rösler: „Es ist das Mindeste, dass diese Kostensteigerungen voll refinanziert werden.“**

Die kommunalen Krankenhäuser hätten in der Vergangenheit bereits bis an ihre Grenzen die Kosten deutlich gesenkt und ihre Produktivität gesteigert. Dennoch schreibe jedes fünfte Krankenhaus rote Zahlen, da Preise für Krankenhausleistungen fest vorgegeben seien und nicht einfach angehoben werden könnten. „Eine Nullrunde kann vielerorts nur über einen Stellenabbau, insbesondere beim Pflegepersonal, finanziert werden. Die Krankenhäuser können sich Neueinstellungen nicht leisten. Das Pflegeförderprogramm der Bundesregierung wird ins Leere laufen. Die Qualität der

Patientenversorgung würde beeinträchtigt, denn sie kann nach vielen Sparrunden nicht mit weniger und schlechter ausgebildetem Personal auf gleichem Niveau gewährleistet werden“, sagten die Hauptgeschäftsführer.

Die kommunalen Krankenhäuser seien ein wichtiger und in manchen Regionen sogar der größte Arbeitgeber. Sie beförderten Innovationsprozesse und stellten die Aus- und Weiterbildung der Ärzte und Pflegeberufe sicher. Damit werde vielen jungen Menschen eine berufliche Perspektive geboten. Die Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen sei nur über eine sinnvolle Reform des Gesamtsystems in den Griff zu bekommen. (DLT)

## Leitfaden des BBSR zur Anpassung der öffentlichen Daseinsvorsorge an den demografischen Wandel

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hat einen Leitfaden zur Anpassung der öffentlichen Daseinsvorsorge an den demografischen Wandel herausgegeben. Die Ausarbeitung richtet sich u. a. an Gemeinden, Landkreise und Planungsorganisationen und leistet eine praktische und methodische Hilfestellung bei der Initiierung und Durchführung von Planungsprozessen auf kommunaler Ebene und darüber hinaus.

Die Broschüre mit dem Titel „Regionale Daseinsvorsorgeplanung“ ist eine handlungsorientierte Anleitung mit methodischen Hinweisen und organisatorischen Anhaltspunkten, wie Gemeinden, Landkreise oder Planungsgemeinschaften Einrichtungen der Daseinsvorsorge betriebswirtschaftlich sinnvoll und sozial gerecht an die Herausforderungen des demografischen Wandels anpassen können.

Hierbei spielen zumeist Fragen der Neuausrichtung entsprechender Angebote infolge sinkender Nutzerzahlen sowie des Ausbaus von Angeboten beispielsweise infolge des vielerorts wachsenden Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung eine zentrale Rolle.

Die dokumentierten Methoden und Verfahren der Daseinsvorsorgeplanung wurden im Rahmen des Forschungsprogramms MORO (Modellvorhaben der Raumordnung) entwickelt und in den Modellregionen Dithmarschen/Steinburg (Kreise Dithmarschen und Steinburg), Mecklenburgische Seenplatte (Landkreise Demmin, Mecklenburg-Strelitz und Müritzt) und Havelland-Fläming (Landkreise Havelland, Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark) praktisch getestet.

Fast immer stellen sich Ausbau und Reduzierung von Infrastrukturangeboten

als komplexe Planungsaufgabe dar, die konzeptionell langfristig angegangen werden muss. Hier verfolgt der vorliegende Leitfaden das Ziel, Unterstützung bei einer fachbereichsübergreifenden und integrierten Herangehensweise an diese Anpassungsprozesse zu geben.

Thematisch beleuchtet der Leitfaden vor allem die Daseinsvorsorgeplanung in den Bereichen ÖPNV, Schulische Bildung, Kindertagesbetreuung und Altenpflege und ist anhand dessen bestrebt, möglichst auf andere Kommunen und Bereiche übertragbare Empfehlungen, Anregungen und Strukturierungshilfen für die erfolgreiche Durchführung derartiger Planungsprozesse zu geben.

Das Heft kann in gedruckter Form kostenlos über das BBSR (marisa.trimborn@bbr.bund.de, Stichwort: Werkstatt: Praxis 64) bezogen werden. (DLT)

## Sparprogramm der Bundesregierung: Der Bund will bei Hartz IV zulasten der Kommunen sparen!

### Präsident des Bayerischen Landkreistags, Dr. Jakob Kreidl, lehnt die Streichung des Rentenversicherungsbeitrags für Langzeitarbeitslose strikt ab

**Trotz der allgemeinen Zustimmung zu den Sparbemühungen des Bundes reagerte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, der Miesbacher Landrat Dr. Jakob Kreidl, auf einen Punkt sehr verärgert. Der Bund beabsichtigt seinen freiwilligen Zuschuss zur Rentenversicherung für Langzeitarbeitslose ganz zu streichen und erwartet sich davon Einsparungen in Höhe von 1,8 Mrd. Euro jährlich bis 2014.**

„Damit verschiebt der Bund aber die Finanzierungslast nur in die Zukunft und wälzt sie zudem auf die Kommunen ab!“, empörte sich Präsident Dr. Kreidl. „Ohne entsprechende Rentenleistungen landen die Langzeitarbeitslosen später in der Grundsicherung im Alter, die im Wesent-

lichen von den Kommunen zu finanzieren ist.“ Zwar könne die Kostenbelastung für die Kommunen nicht exakt beziffert werden, der Wegfall des Bundeszuschusses führe jedoch zu einem erheblichen Einnahmeausfall bei der Rentenversicherung, der sich basierend auf den Zahlen von 2009 allein in Bayern auf knapp 130 Millionen Euro beläuft. Dabei hatte der Bund den Zuschuss zur Rentenversicherung bereits im Jahr 2007 halbiert; d. h. die Rentenanwartschaften für Langzeitarbeitslose sind bereits seit drei Jahren zur Hälfte unterfinanziert.

„Mit dieser Umverteilung der Finanzierungslast treibt der Bund die Kosten in der Grundsicherung im Alter nochmals in die Höhe. In den vergangenen Jah-

ren sind sowohl die Empfängerzahlen als auch die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter um etwa 5 % jährlich gestiegen. Mit seiner Sparmaßnahme wird der Bund diese Steigerungsraten massiv in die Höhe treiben“, erläuterte Landrat Dr. Kreidl weiter. „Der Bund muss sich endlich aufraffen, die Gängelung der Kommunen durch seine rigiden Sozialgesetze zu lockern. Wir haben dazu bereits Vorschläge unterbreitet, die Eingang in die Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene gefunden haben. Angesichts der dramatischen Haushaltslage der Kommunen darf man uns aber auf die politischen Entscheidungen nicht länger warten lassen“, so die Forderung des Landkreistagspräsidenten.

## Schlüssel zur Integration liegt in den Kommunen

### Landkreistag zur Islamkonferenz

Der Deutsche Landkreistag hat anlässlich der neu gebildeten Deutschen Islamkonferenz (DIK) die Rolle der Kommunen bei der Integration von Muslimen betont. Präsident Landrat Hans Jörg Duppré appellierte an alle Beteiligten, das Forum zum Erfolg zu führen: „Wichtig ist, dass die Konferenz den langfristigen Kommunikationsprozess zwischen Staat und Muslimen festigt. Hier sind die Kommunen nicht nur notwendige Mittler, sondern mit den bestehenden Verhältnissen vor Ort unmittelbar vertraut und können entscheidend zum Erfolg der Integration beitragen.“ Er begrüßte daher die stärkere Einbindung der kommunalen Ebene in die Konferenz. Die Interessen der 301 Landkreise werden in der DIK vom Konstanzer Landrat Frank Hämmerle vertreten.

Duppré wertete die DIK als eine gute weitere Grundlage zur Verbesserung der Integrationsarbeit, speziell mit Blick auf die in Deutschland lebenden Muslime. „Wir sind zuversichtlich, dass hiervon aber auch neue Impulse für die stärkere Integration von Zuwanderern generell ausgehen werden. Diese Chance sollten auch die Migrantenverbände sehen und sich in dieses Forum nach Kräften einbringen.“ Ziel der Neuauflage der Islamkonferenz sei eine stärkere praktische Ausrichtung und die klarere Kommunikation der getroffenen Absprachen in die Gesellschaft.

„Zentrales Anliegen ist und bleibt eine verbesserte Integration von Muslimen in Deutschland. Dass es hierzu Anstrengungen aller an diesem Prozess Betei-

ligten bedarf, steht außer Frage“, stellte Duppré fest. Die Landkreise seien bereit, ihre über lange Zeit erworbene Kompetenz auf dem Gebiet der Integrationsförderung einzubringen. Die DIK als Kommunikationsplattform könne einen erheblichen Beitrag dazu leisten, gute Beispiele und Integrationskonzepte zusammenzuführen und das Handeln von Bund, Ländern, Kommunen und den weiteren Akteuren in diesem Feld zu intensivieren.

Duppré wies in diesem Zusammenhang auf die Anstrengungen der Kommunen im Hinblick auf eine verbesserte Integration hin. „Die Kommunen sind ständig bestrebt, ihre Bemühungen auf diesem wichtigen Feld zu intensivieren. Dies umfasst etwa die Weiterentwicklung

kommunaler Gesamtstrategien zur Integration, die Unterstützung oder Initiierung lokaler Netzwerke der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Akteure, die Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund in den Verwaltungen und den Ausbau des Bildungsangebotes für Zuwanderer.“

Zudem unterhalte der Deutsche Landkreistag seit einigen Jahren unter [www.landkreise-fuer-integration.de](http://www.landkreise-fuer-integration.de) eine eigene

Homepage zur Integration in den Landkreisen. „Durch diese Plattform werden die vielfältigen Aktivitäten der Landkreise auf einer Internetseite gebündelt und stehen im Kurzprofil einer großen Zahl von Nutzern zur Verfügung.“ Enthalten seien auch Integrationsprogramme der Landkreise.

Generell sei die Verbesserung der Integration der auf Dauer in Deutschland lebenden Migranten eine gesell-

schaftliche Aufgabe und erfordere das Zusammenspiel aller staatlichen und kommunalen Akteure, nicht zuletzt der Migranten selbst und ihrer Verbände. Dies gelte in besonderem Maße für die in Deutschland lebenden Muslime, so Duppré abschließend. (DLT)

## Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Kohäsionspolitik

**Die EU-Kommission hat die Ergebnisse der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2000 – 2006 für die Europäischen Fonds für regionale Entwicklung ausgewertet und dazu einen Bericht veröffentlicht. Für die laufende Förderperiode 2007 – 2013 wurde zudem auf Grundlage nationaler Strategieberichte ein europawelter Strategiebericht erstellt, der die Umsetzung der Programme in den einzelnen Mitgliedstaaten dokumentiert. Beide Veröffentlichungen gehen von einem hohen und positiven Wirkungsgrad der Strukturförderung aus, regen jedoch eine Optimierung der laufenden und der künftigen Förderperiode unter Einbeziehung der aus der Auswertung und dem Strategiebericht gewonnenen Erkenntnisse an.**

Der Ausschuss der Regionen (AdR) hat daneben zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2013 eine Stellungnahme verabschiedet. Diese spricht sich für eine Beibehaltung der Förderung durch die Strukturfonds in allen Gebieten Europas aus. Ein Schwerpunkt solle auf der Förderung strukturschwacher Regionen liegen. Die Förderung der übrigen Regionen habe in der Vergangenheit einen wichtigen Beitrag zur europäischen Integration geleistet und müsse auch in der Zukunft beibehalten werden. Der AdR regt eine stärkere Einbeziehung der regionalen und lokalen Ebene in allen Phasen der Programmierung, Umsetzung und Evaluierung der Kohäsionspolitik an. Des Weiteren hat der Deutsche Landkreistag mit Blick auf die aktuelle Diskussion wesentliche politische Forderungen zur Zukunft

der Kohäsionspolitik aus Sicht der Landkreise in einem Papier zusammengefasst und wird dies in die Debatte einbringen.

### **Bewertung der Erfolge der Kohäsionspolitik im Zeitraum 2000 bis 2006**

Die EU-Kommission hat einen Bericht über die Erfolge der Förderung aus den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Förderzeitraum 2000 – 2006 veröffentlicht. Der Bericht geht davon aus, dass die Förderung deutliche Wirkung gezeigt hat und die Ergebnisse insgesamt als positiv zu bewerten sind. Besonders hervorzuheben sei die durch die EFRE-Förderung entstandene Zahl von Arbeitsplätzen. Es handele sich um 710.000 Arbeitsplätze in den weniger entwickelten Regionen (sog. Ziel-1-Regionen) und 730.000 in den stärker entwickelten Regionen (sog. Ziel-2-Regionen).

Bei der Unternehmensförderung waren **kleine und mittlere Unternehmen Hauptziel** der Förderung aus dem EFRE (83 % der einschlägigen Mittel bzw. 22,9 Mrd. Euro). In Deutschland sind so über den Sechsjahreszeitraum 40.000 Kleinstunternehmen entstanden. Die Forschungsförderung habe zur Schaffung von insgesamt 13.000 neuen Forschungsstellen geführt. Insgesamt haben 38.000 Forschungs- und Entwicklungsprojekte Fördermittel aus dem EFRE erhalten. Die Kommission betont daneben die Erfolge der Kohäsionspolitik bei der **Verbesserung von Verkehrsverbindungen**. Unter anderem seien der Bau von 100.000 km Straße, davon 2.000 km Autobahnen und

4.000 km Eisenbahnstrecken, gefördert worden, was Verkehrsverbindungen und Reisezeiten innerhalb der EU deutlich verbessert habe. Ebenso seien Modernisierungen von Flughäfen und der Ausbau intermodaler Verbindungen mit Hilfe von EU-Investitionen deutlich vorangetrieben worden. Mit insgesamt 25,5 Mrd. Euro sei im Bereich von Umweltmaßnahmen eine Anpassung insbesondere rückständiger Regionen an EU-Umweltrecht ermöglicht worden; hier wurden vor allem Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsprojekte gefördert.

Die Kommission betrachtet das Ergebnis als wertvollen Einblick in die Wirkung der Kohäsionspolitik. Sie regt an, die **Kohäsionspolitik leistungsorientierter** zu gestalten und die Ausgaben stärker auf bestimmte Gebiete zu konzentrieren. Die makroökonomische Simulation mache insgesamt deutlich, dass die gesamte EU – und nicht nur die Begünstigten selbst – mit der Kohäsionspolitik besser gestellt sei als ohne, nicht zuletzt dank der Stärkung des Handels.

### **Strategiebericht 2010 der EU-Kommission für die Förderperiode 2007 bis 2013**

Für die laufende Förderperiode 2007 – 2013 hat die EU-Kommission einen Strategiebericht über die Umsetzung der Kohäsionspolitik in ganz Europa veröffentlicht. Die Mitteilung enthält erstmalig eine vollständige **Übersicht über die Durchführung der kohäsionspolitischen Programme** im Zeitraum 2007

bis 2013 und basiert auf den Strategieberichten der Mitgliedstaaten. Der **Strategiebericht** liefert die Basis für eine Leistungsbegutachtung im Hinblick auf eine ergebnisorientierte Politik. Ziel der Mitteilung ist eine erhöhte Transparenz und die bessere Messbarkeit und Vergleichbarkeit der erzielten Ergebnisse. Die Kommission zieht aus dem Bericht Schlussfolgerungen, wie sich die Durchführung wirksamer gestalten ließe.

Der **Strategiebericht aus Deutschland** bescheinigt der Kohäsionspolitik ein **hohes Wirkpotenzial**. Die europäische Strukturförderung sei insbesondere geeignet, Antworten auf Herausforderungen wie den demographischen Wandel und die Globalisierung zu geben. Die Förderung aller Regionen bei überproportionaler Berücksichtigung rückständiger Regionen und die Beschränkung auf drei Förderziele hätten sich bei der Förderung ebenso bewährt wie die Kompetenzverteilung zwischen den Ebenen und die überwiegend dezentrale Programmentwicklung und -umsetzung. Der europäische Mehrwert der Förderung ergebe sich insbesondere aus einem integrierten Politikansatz, der die regionale Entwicklung und die Beseitigung lokaler Engpässe im Auge habe.

Für das Jahr 2010 plant die Kommission, Mitteilungen vorzulegen, wie die Kohäsionspolitik der aktuellen Förderperiode die Ziele unterstützen kann, die für die Strategie „Europa 2020“ vereinbart wurden. Vor allem soll aufgezeigt werden, wie die Programme die Beschäftigungspolitik, den sozialen Aufschwung und die soziale Eingliederung sowie die nachhal-

tige Entwicklung und Innovationsförderung national und regional noch weiter stärken können.

#### **AdR-Stellungnahme zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2013**

Zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2013 wurde vom Ausschuss der Regionen (AdR) eine Stellungnahme verabschiedet. Damit hat der AdR als erste der EU-Institutionen zu dieser wichtigen und unter den Beteiligten kontrovers diskutierten Frage offiziell Position bezogen.

Die Stellungnahme spricht sich dafür aus, an einer ehrgeizigen Kohäsionspolitik als **zentralen Bestandteil des europäischen Integrationsmodells** festzuhalten. Dabei soll die Fortentwicklung der Kohäsionspolitik darauf abzielen, auch künftig **Entwicklungsrückstände überwinden** zu helfen, **nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung** in den Regionen Deutschlands zu stärken, die soziale Eingliederung und Wettbewerbsfähigkeit in allen Mitgliedstaaten und Regionen zu unterstützen sowie Subsidiarität und Finanzierbarkeit zu wahren. Die Mitglieder des AdR stellen klar, dass diese Politik weiterhin **allen Regionen** zugutekommen soll, wobei sich der größte Teil der Mittel auf die bedürftigsten Mitgliedstaaten und Regionen konzentrieren müsse. Das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (Ziel-2) müsse aber weiterhin alle übrigen Regionen der EU dabei unterstützen, Innovation, sozialen Zusammenhalt und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die Stellungnahme plädiert für eine **besondere Unterstützung für sog. Übergangsregionen** (Regionen,

die in der neuen Förderperiode aus ihrem bisherigen Förderziel ausscheiden), um die mit Hilfe von Strukturfonds erreichten Erfolge nicht durch ein Wegbrechen der Förderung zu gefährden.

Der AdR betont darüber hinaus, dass sich der subsidiäre Ansatz der Kohäsionspolitik und das Prinzip der Mehrebenenverwaltung bewährt hätten. Diese müssten durch weitere Stärkung der Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in allen Phasen der Programmierung, Umsetzung und Evaluierung weiter ausgebaut werden.

#### **Kernforderungen des DLT zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2013**

Der DLT setzt sich in der laufenden Diskussion über die Zukunft der Kohäsionspolitik intensiv für die **Beibehaltung der Förderung aller Regionen** in Europa ein. Die positiven Effekte einer solchen Kohäsionspolitik werden durch die Auswertung der vergangenen und der laufenden Förderperiode belegt. Daher sind sowohl die Bewertung der Periode 2000 – 2006 als auch der Strategiebericht für 2007 – 2013 für die Frage der Beibehaltung der Förderung der sog. Ziel-2-Gebiete („Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungspolitik“) als ein wichtiges und positives Signal zu bewerten. Der AdR hat sich diesbezüglich in diesem Sinne ebenfalls eindeutig für die Beibehaltung einer Förderung in allen Gebieten der EU ausgesprochen. Besonders zu begrüßen ist die Forderung nach einer stärkeren Einbeziehung der lokalen Ebene in die Verteilung und Verwaltung der Mittel. (DLT)

## **Erfolg des Programms „Erasmus für Jungunternehmer“**

**Das europäische Austauschprogramm „Erasmus für Jungunternehmer“ ist erfolgreich angelaufen – das zeigen die Zahlen, die die EU-Kommission hierzu kürzlich veröffentlichte: Seit dem Programmstart im Februar 2009 gingen insgesamt 1.825 Bewerbungen aus allen 27 EU-Mitgliedsstaaten ein; die Rückmeldung der Teilnehmer war mehrheitlich positiv.**

#### **Hoher Mehrwert für Teilnehmer**

Seitdem „Erasmus für Jungunternehmer“ im Februar 2009 angelaufen ist, wurden insgesamt 1.328 Bewerbungsanträge genehmigt – 838 von jungen Unternehmern und 490 von Gastunternehmen. Bislang kamen im Rahmen dieses Austauschprogramms 60 Begegnungen zustande, 275 finden derzeit noch statt.

Eine Umfrage unter den bisherigen Teilnehmern des Programms zeigt, dass von „Erasmus für Jungunternehmer“ sowohl die neuen Unternehmer als auch die bereits erfahrenen Gastunternehmen profitieren. So gaben 92 % der jungen Unternehmer an, dass sie ihre Ziele vollständig oder zum großen Teil erreicht hätten. Gleichzeitig erklärten 92 % der Jungunternehmer, dass der Austausch

einen Beitrag zur Weiterentwicklung ihres Unternehmens geleistet habe. 80 % der teilnehmenden Gastunternehmen betonten ihrerseits, dass sie gerne wieder an dem Programm teilnehmen würden. Vereinzelt gab es Kritik der Teilnehmer an dem Programm, die sich auf die Höhe der finanziellen Förderung bezog: So bemängelten 20 Jungunternehmen, dass der Zuschuss für Reise, Unterkunft und Lebenshaltungskosten nicht ausreichte.

### Ziel des EU-Förderprogramms

Ziel des Programms ist es, junge Unternehmer dabei zu unterstützen, ihren Erfahrungshorizont durch die Arbeit in Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) in einem anderen Mitgliedsstaat der EU zu erweitern und von einem erfahrenen Unternehmer zu lernen. Auch für Letzteren bringt das Programm Vorteile, da Know-how und frische, unkon-

ventionelle Ideen, Marktkenntnis und Sprachkompetenz junger, motivierter Gründer in den Betrieb Eingang finden. Auf diese Weise fördert das Programm die Vernetzung und den Informationsaustausch der Unternehmer untereinander und erleichtert den Zugang zu neuen Märkten.

### Adressaten des Programms

Das Programm richtet sich an neue und an erfahrene Unternehmer. Als neuer Unternehmer i. S. d. Programms gilt derjenige, der beabsichtigt, ein eigenes Unternehmen zu gründen, oder der innerhalb der letzten drei Jahre bereits ein solches gegründet hat. „Erfahrener Unternehmer“ i. S. d. Programms ist jemand, der in der EU ein Unternehmen besitzt oder leitet. Der Kontakt zwischen den neuen und den gastgebenden Unternehmern läuft über die sog. Ver-

mittlungsstellen. Das sind regionale und nationale Wirtschaftsorganisationen.

### Programmdauer und Förderhöhe

Den an dem Programm teilnehmenden Jungunternehmern steht für den Auslandsaufenthalt ein Reise- und Unterkunftskostenzuschuss für eine Zeitspanne von einem bis sechs Monaten (Aufteilung in kleinere Abschnitte möglich) zur Verfügung. Die Höhe der finanziellen Förderung beläuft sich, je nach Gastland, auf 560 € bis 1.100 € pro Monat. Bewerbungen sind im gesamten Programmzeitraum möglich.

Weiterführende Informationen über das Programm sowie die Bewerbungsmodalitäten sind unter [www.erasmus-entrepreneurs.eu](http://www.erasmus-entrepreneurs.eu) verfügbar. (ebbk)



*10 Jahre Bürogemeinschaft – Jubiläumsfeierlichkeiten im Zeichen des Lissabonner Vertrags: Anlässlich ihrer 10-jährigen Vor-Ort-Präsenz in Brüssel hat die Bürogemeinschaft der Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen zusammen mit ihren insgesamt zehn kommunalen Trägerverbänden am 2. März zu einer großen Konferenz in den Brüssler Ausschuss der Regionen (AdR), der auch als Mitveranstalter agierte, geladen. Dem Konferenzmotto „Europäischer Kurswechsel – Mehr kommunale Mitbestimmung durch den Lissabon-Vertrag“ waren dabei nahezu 200 Teilnehmer – darunter knapp 100 kommunale Mandatsträger und Verbandsvertreter aus den drei Bundesländern – gefolgt. Zukünftiges Ziel wird es sein, die kommunalfreundlichen Elemente des Lissabon-Vertrags zeitnah in die europäische Verfassungswirklichkeit zu überführen.*



Landrat **Eberhard Irlinger** feiert am 28. Juli 2010 seinen 65. Geburtstag. Eberhard Irlinger ist seit 2002 Landrat des Landkreises Erlangen-Höchstadt. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. mit im Landesausschuss, im Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Kulturfragen und im Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen. Von 1990 bis 2002 war er Mitglied des Bayerischen Landtags. Er ist Träger des Bayerischen Verdienstordens.



Landrat **Josef Eppeneder** ist mit dem Verdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Josef Eppeneder ist seit 2002 Landrat des Landkreises Lands-hut. Er vertritt den Bayerischen Landkreistag als Vertreter im Hauptausschuss der Bayerischen Krankenhausgesellschaft und als Stellvertreter im Verwaltungsrat der Versicherungskammer Bayern und in der Hauptversammlung der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung. Darüber hinaus arbeitet er im Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen des Bayerischen Landkreistags mit. Von 1990 bis 2002 war er Mitglied des Bayerischen Landtags.

Soweit bei Redaktionsschluss bekannt, feiern folgende Kreisrätinnen und Kreisräte im **Juli, August** und **September 2010** runde Geburtstage:

## Oberbayern

### Juli

Im Landkreis Altötting wird Kreisrat Josef Eder aus Pleiskirchen am 21.7.2010 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Altötting wird Kreisrätin Ingrid Heckner, MdL, aus Kastl am 31.7.2010 60 Jahre alt.

Kreisrat Arnold Schmidt aus Forstinning im Landkreis Ebersberg feiert am 18.7.2010 den 60. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Josef Biller aus Erding im gleichnamigen Landkreis am 28.7.2010.

Ebenfalls im Landkreis Erding wird Kreisrat Georg Mittermaier aus Dorfen am 29.7.2010 65 Jahre alt.

Kreisrat und Bürgermeister Johann Thurner aus Mammendorf im Landkreis Fürstentfeldbruck feiert am 29.7.2010 den 60. Geburtstag.

Kreisrat und Oberbürgermeister Ingo Lehmann aus Landsberg a. Lech im gleichnamigen Landkreis wird am 31.7.2010 60 Jahre alt.

Kreisrat Dr. Bernhard Grabmeyer aus Haag i. OB im Landkreis Mühldorf a. Inn feiert am 13.7.2010 den 65. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Benno Baur aus Karlshuld im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen am 20.7.2010.

Ebenfalls im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen wird Kreisrat Johann Wenger aus Brunnen am 25.7.2010 65 Jahre alt.

Kreisrat Walter Pakulat aus Bruckmühl im Landkreis Rosenheim feiert am 21.7.2010 den 50. Geburtstag.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Brigitte Albrecht aus Polling im Landkreis Weilheim-Schongau am 8.7.2010.

### August

Im Landkreis Altötting feiert Kreisrat Frank Springer aus Neuötting am 19.8.2010 den 65. Geburtstag.

Das 75. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Erika Maurer aus Burghausen im Landkreis Altötting am 18.8.2010.

Kreisrätin und Staatsministerin a. D. Christa Stewens, MdL, aus Angerechting im Landkreis Ebersberg wird am 27.8.2010 65 Jahre alt.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrat Manfred Vodermaier aus Baldham im Landkreis Ebersberg am 31.8.2010.

Kreisrat und Bürgermeister Horst Volkmer aus Großmehring im Landkreis Eichstätt feiert am 4.8.2010 den 70. Geburtstag.

Am 9.8.2010 wird Kreisrat und Erster Bürgermeister Georg Heilmeyer aus Wörth im Landkreis Erding 60 Jahre alt.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Karina Werner aus Mittelstetten im Landkreis Fürstentfeldbruck am 25.8.2010.

Im Landkreis Miesbach wird Kreisrat Bernhard Rohnbogner aus Kreuth am 28.8.2010 60 Jahre alt.

Im Landkreis München vollendet Kreisrätin Barbara Kraft-Heinik aus Kirchheim b. München am 22.8.2010 das 50. Lebensjahr.

Im Landkreis Rosenheim feiert Kreisrat Josef Baumann aus Wasserburg a. Inn am 23.8.2010 den 60. Geburtstag.

Kreisrätin Susanne Mörtl aus Weßling im Landkreis Starnberg wird am 27.8.2010 50 Jahre alt.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Rita Kees aus Peiting im Landkreis Weilheim-Schongau am 11.8.2010.

### September

Im Landkreis Berchtesgadener Land wird Kreisrat Bartholomäus Wimmer aus Berchtesgaden am 9.9.2010 50 Jahre alt.

Kreisrätin Christine Gerneth aus Glonn im Landkreis Ebersberg wird am 4.9.2010 50 Jahre alt.

Im Landkreis Freising feiert Kreisrat Dr. Reinhard Steiner aus Moosburg am 8.9.2010 den 65. Geburtstag.

Am 14.9.2010 wird Kreisrat Helmut Auer aus Pfaffenhofen im Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm 60 Jahre alt.

Den 50. Geburtstag feiert Kreisrat Franz Niedermayr aus Pfaffenhofen im Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm am 14.9.2010.

Kreisrätin Manuela Vanni aus Peißenberg im Landkreis Weilheim-Schongau wird am 14.9.2010 50 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Weilheim-Schongau feiert Kreisrat Klaus Breil aus Bernried a. Starnberger See am 9.9.2010 den 65. Geburtstag.

## Niederbayern

### Juli

Kreisrätin Anna Eder aus Deggendorf im gleichnamigen Landkreis feiert am 17.7.2010 den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Landshut wird Kreisrätin Angelika Stumpf aus Vilsbiburg am 23.7.2010 50 Jahre alt.

Kreisrätin Annelies Seibold-Lallinger aus Untergriesbach im Landkreis Passau vollendet am 19.7.2010 das 50. Lebensjahr.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat Ludwig Danner aus Fürstzell im Landkreis Passau am 24.7.2010.

Kreisrat Augustin Wittenzellner aus Kollnburg im Landkreis Regen wird am 5.7.2010 65 Jahre alt.

Im Landkreis Rottal-Inn wird Kreisrat Peter Plank aus Dietersburg am 21.7.2010 60 Jahre alt.

Kreisrat Joachim Wagner aus Kirchdorf a. Inn im Landkreis Rottal-Inn feiert am 29.7.2010 den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Straubing-Bogen wird Kreisrat Josef Laumer aus Stallwang am 27.7.2010 50 Jahre alt.

Am 7.7.2010 feiert Kreisrat Reinhard Schwarz aus Rattenberg im Landkreis Straubing-Bogen den 60. Geburtstag.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat Michael Kienberger aus Konzell im Landkreis Straubing-Bogen am 24.7.2010.

### August

Kreisrat und Bürgermeister Manfred Eibl aus Perlesreut im Landkreis Freyung-Grafenau wird am 13.8.2010 50 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat und Bürgermeister Heinrich Lenz aus Hinterschmiding im Landkreis Freyung-Grafenau am 16.8.2010.

Kreisrat Willi Gürtner aus Altdorf im Landkreis Landshut wird am 16.8.2010 70 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat Heinrich Stenzel aus Mitterfels im Landkreis Straubing-Bogen am 16.8.2010.

Am 22.8.2010 wird Kreisrat Alfons Wolf aus Stallwang im Landkreis Straubing-Bogen 65 Jahre alt.

Das 70. Lebensjahr vollendet Kreisrat Elmar Eckl aus Bogen im Landkreis Straubing-Bogen am 4.8.2010.

### September

Im Landkreis Deggendorf wird Kreisrat Josef Streicher aus Lalling am 12.9.2010 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Deggendorf feiert Kreisrätin Margarete Tuchen am 16.9.2010 den 60. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Dr. Roman Staudinger aus Schöllnach im Landkreis Deggendorf am 18.9.2010.

Kreisrätin und Stellvertreterin des Landrats Anneliese Apfelböck aus Landau/Isar im Landkreis Dingolfing-Landau wird am 20.9.2010 60 Jahre alt.

Kreisrat Eduard Brücklmaier aus Mainburg-Meilenhofen im Landkreis Kelheim feiert am 5.9.2010 den 60. Geburtstag.

Das 70. Lebensjahr vollendet Kreisrat und Erster Stellvertreter des Landrats Dr. Gerhard Merkl aus Teugn im Landkreis Kelheim am 27.9.2010.

Kreisrat Hermann Baumann aus Huthurm im Landkreis Passau wird am 17.9.2010 50 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Maria Silbereisen aus Ruhstorf a. d. Rott im Landkreis Passau am 1.9.2010.

Am 23.9.2010 wird Kreisrat Reinhold Hoenicka aus Ortenburg im Landkreis Passau 65 Jahre alt.

Kreisrat Heinz Tietze aus Simbach a. Inn im Landkreis Rottal-Inn feiert am 20.9.2010 den 65. Geburtstag.

Kreisrätin Rosi Deser aus Konzell im Landkreis Straubing-Bogen wird am 12.9.2010 50 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Straubing-Bogen feiert Kreisrat Manfred Krä aus Aiterhofen am 18.9.2010 den 65. Geburtstag.

Am 28.9.2010 wird Kreisrat Karl Wanningner aus Kirchroth im Landkreis Straubing-Bogen 65 Jahre alt.

## Oberpfalz

### Juli

### August

Kreisrat und Bürgermeister Johann Müller aus Tiefenbach im Landkreis Cham wird am 5.8.2010 60 Jahre alt.

Das 70. Lebensjahr vollendet Kreisrat Georg Stahl im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab am 9.8.2010.

Am 9.8.2010 wird Kreisrat Dieter Klein, Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab, 60 Jahre alt.

### September

Im Landkreis Amberg-Weizsach feiert Kreisrat Gotthard Färber aus Rieden am 6.9.2010 den 60. Geburtstag.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrat und Erster Bürgermeister Alois Scherer aus Deining im Landkreis Neumarkt i. d. OPf. am 8.9.2010.

Kreisrat und Erster Bürgermeister Josef Bauer aus Parsberg im Landkreis Neumarkt i. d. OPf. wird am 3.9.2010 50 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat und Zweiter Bürgermeister Franz Düring aus Neumarkt i. d. OPf. im gleichnamigen Landkreis am 22.9.2010.

Am 29.9.2010 wird Kreisrätin Gabriele Hagemann im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab 60 Jahre alt.

Kreisrat und Bürgermeister Erich Dollinger aus Lappersdorf im Landkreis Regensburg wird am 23.9.2010 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Regensburg vollendet Kreisrat und Bürgermeister Albert Höchstetter aus Barbing am 29.9.2010 das 60. Lebensjahr.

## Oberfranken

### Juli

Kreisrat Klaus Hümmer aus Eckersdorf im Landkreis Bayreuth wird am 27.7.2010 65 Jahre alt.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Renate Schubart-Eisenhardt aus Seßlach im Landkreis Coburg am 10.7.2010.

Kreisrat und Oberbürgermeister Franz Stumpf aus Forchheim im gleichnamigen Landkreis feiert am 31.7.2010 den 60. Geburtstag.

Am 21.7.2010 wird Kreisrat Klaus Förster aus Thurnau im Landkreis Kulmbach 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Kulmbach vollendet Kreisrat Edi Trapper am 11.7.2010 das 75. Lebensjahr.

Kreisrat Georg Müller aus Bad Staffelstein im Landkreis Lichtenfels wird am 15.7.2010 60 Jahre alt.

Am 7.7.2010 feiert Kreisrätin Dr. Lieselotte Windhövel aus Marktredwitz im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge den 75. Geburtstag.

### August

Kreisrat und Bürgermeister Ekkehard Hojer aus Baunach im Landkreis Bamberg wird am 24.8.2010 50 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Hans Engelbrecht aus Weidenberg im Landkreis Bayreuth am 30.8.2010.

Den 70. Geburtstag feiert Kreisrätin Renate MacInnes aus Naila im Landkreis Hof am 23.8.2010.

Am 7.8.2010 wird Kreisrat Dieter Adam aus Mainleus im Landkreis Kulmbach 65 Jahre alt.

Kreisrat Georg Dusold aus Ebsfeld im Landkreis Lichtenfels feiert am 22.8.2010 den 65. Geburtstag.

Ebenfalls im Landkreis Lichtenfels wird Kreisrat Josef Stark aus Marktzeuln am 25.8.2010 65 Jahre alt.

Kreisrat Rudolf Reichel aus Höchstädt im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge wird am 24.8.2010 70 Jahre alt.

### September

Kreisrat Armin Hoffmann aus Münchberg im Landkreis Hof feiert am 22.9.2010 den 70. Geburtstag.

Im Landkreis Kulmbach wird Kreisrat Fritz Schramm aus Grafengehaig am 3.9.2010 75 Jahre alt.

Kreisrat Manfred Hofmann aus Burgkunstadt-Mainroth im Landkreis Lichtenfels feiert am 23.9.2010 den 50. Geburtstag.

Im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge vollendet Kreisrätin Ute Selhorst aus Marktredwitz am 2.9.2010 das 65. Lebensjahr.

## Mittelfranken

### Juli

Im Landkreis Ansbach wird Kreisrat Richard Stallmann aus Lehrberg am 22.7.2010 60 Jahre alt.

### August

Kreisrat Josef Göppel aus Herrieden im Landkreis Ansbach feiert am 16.8.2010 den 60. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Heinz Henninger aus Diethofen im Landkreis Ansbach am 20.8.2010.

Kreisrat Walter Billmann aus Neustadt a. d. Aisch im Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim feiert am 24.8.2010 den 60. Geburtstag.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Gertrud Oesterer aus Uffenheim im Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim am 28.8.2010.

## September

Kreisrat Kurt Förster aus Rothenburg ob der Tauber im Landkreis Ansbach feiert am 27.9.2010 den 60. Geburtstag.

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrätin Birgit Rigoll aus Höchstädt a. d. Aisch im Landkreis Erlangen-Höchstädt am 19.9.2010.

Kreisrat und Erster Bürgermeister Helmut Praus aus Uehfeld im Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim wird am 14.9.2010 60 Jahre alt.

## Unterfranken

### Juli

Kreisrätin Ellen Kämmerer aus Großostheim im Landkreis Aschaffenburg wird am 15.7.2010 65 Jahre alt.

Das 70. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Irmgard Heinrich aus Oberthulba im Landkreis Bad Kissingen am 30.7.2010.

Am 1.7.2010 wird Kreisrat Klaus Bittermann aus Lohr a. Main im Landkreis Main-Spessart 50 Jahre alt.

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrat Josef Blenk aus Lohr a. Main, Landkreis Main-Spessart, am 27.7.2010.

### August

Kreisrat und weiterer Stellvertreter des Landrats Valentin Weber aus Laufach im Landkreis Aschaffenburg feiert am 15.8.2010 den 60. Geburtstag.

Den 60. Geburtstag feiert ebenfalls Kreisrat Winfried Bruder aus Karlstein a. Main im Landkreis Aschaffenburg am 20.8.2010.

Kreisrat Walter Bay aus Hammelburg im Landkreis Bad Kissingen wird am 23.8.2010 70 Jahre alt.

Im Landkreis Kitzingen feiert Kreisrat Karl Wolf aus Mainbernheim am 26.8.2010 den 65. Geburtstag.

Kreisrätin Angelika Strobel aus Werneck im Landkreis Schweinfurt wird am 14.8.2010 60 Jahre alt.

**September**

Kreisrat Günter Lipp aus Ebern-Frickendorf im Landkreis Haßberge wird am 21.9.2010 70 Jahre alt.

Im Landkreis Würzburg feiert Kreisrat Edwin Gramlich aus Bütthard am 9.9.2010 den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Oberallgäu feiert Kreisrat Alfons Hörmann aus Sulzberg am 6.9.2010 den 50. Geburtstag.

Kreisrätin Irmgard Ablasser aus Buchloe im Landkreis Ostallgäu vollendet am 6.9.2010 das 60. Lebensjahr.

**Schwaben****Juli**

Kreisrätin Helga Stegmayer aus Syrgenstein im Landkreis Dillingen a. d. Donau wird am 8.7.2010 65 Jahre alt.

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrat Klaus Panning aus Neu-Ulm im gleichnamigen Landkreis am 6.7.2010.

Am 26.7.2010 wird Kreisrat Werner Zanker aus Vöhringen im Landkreis Neu-Ulm 60 Jahre alt.

Kreisrat und weiterer Stellvertreter des Landrats Heinz Möschel aus Waltenhofen im Landkreis Oberallgäu feiert am 18.7.2010 den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Unterallgäu wird Kreisrat Thomas Frommel aus Ottobeuren am 21.7.2010 50 Jahre alt.

**August**

Im Landkreis Augsburg wird Kreisrat und Bürgermeister Lorenz Müller aus Schwabmünchen am 26.8.2010 50 Jahre alt.

Kreisrätin Rose Eitel-Schmid aus Lindenberg im Landkreis Lindau (Bodensee) feiert am 26.8.2010 den 60. Geburtstag.

**September**

Im Landkreis Aichach-Friedberg feiert Kreisrat Johann Gärtner aus Kissing am 1.9.2010 den 60. Geburtstag.

Kreisrat und Erster Bürgermeister Georg Holzinger aus Haldenwang im Landkreis Günzburg wird am 13.9.2010 60 Jahre alt.

